

Danziger Volksstimme

Organ der Sozialistischen Partei
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerhalb monatlich 30 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spandhaus 6. — Telefon 720.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsangelegen nach bel. Tarif, die 3-spaltige Reklameweile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postfachnummer Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 3290.

Nr. 4

Dienstag, den 6. Januar 1920

11. Jahrgang

Republikanische Fassade.

Als die deutsche Republik Tatsache geworden war, glaubte man bestimmt annehmen zu dürfen, daß die U. und S.-Räte, alleinherrschend, wie sie kraft revolutionären Rechts waren, sofort unter Zuhilfenahme von Kunstschaffwerkstätten wenigstens die schlimmsten Verhältnisse beseitigen würden, womit der Byzantinismus unsere Straßen, Plätze und Häuser verunziert hat. Die in diesen Räten hantierenden Maurer und Berufsverwandte hätten sich durch Abtragung des Denkmals- und Inschriftenkittes um den jungen Freistaat verdient machen können. Statt dessen wurden ihren arbeitschweren Händen Zensurstellen und ähnliche Ämter überantwortet, wo sie den Ruf der freien Republik auf ihre besondere Weise förderten. Die Untätigkeit der U. und S.-Räte auf diesem Gebiete ist leider von der jetzigen Regierung der deutschen Republik weiter geübt worden.

Von der klugen Rücksichtslosigkeit der Pariser Arbeiter ließen unsere revolutionären Obrigkeiten bis jetzt alle nichts sehen. Als im März 1871 die Kommune verkündet wurde, begannen die Pariser Arbeiter die Dessenlosigkeit von dem monarchistischen Unrat zu säubern. Sie, die Ueberbesessenen, die gegen die Preußen wie gegen die Verfallenen gleichzeitig zu kämpfen hatten, fanden noch Zeit, sich mit der Herstellung der republikanischen Fassade zu beschäftigen. Im Mai stürzten sie das Heiligtum des kaiserlichen Frankreich, die Vendôme-Säule, um. Im republikanischen Deutschland dagegen?

Im November 1918 verfiel die Monarchie in den Pfuhl ihrer Sünden, vom gellenden Fluche des von ihr mißbrauchten, vergewaltigten, namenlos unglücklich gemachten Volkes begleitet. Die verfassungsmäßigen oder persönlichen Stützen der Monarchie sind nun zwar gefallen, aber ihr Zierat lebt in der Öffentlichkeit wie in der Bürokratie kaum geschwächt weiter. In den dreizehn Monaten, die seit dem Sturz der Monarchie ins Land gegangen, haben sich revolutionäre Arbeiterräte, Volksbeauftragte mit der Reichsregierung abgesetzt, aber keine dieser für die Festigung und Vertiefung des republikanischen Gedankens bestellten Obrigkeiten hat die Klugheit gehabt oder sich die Mühe genommen, die vielen monarchischen Erinnerungszeichen dem nun endlich der göttlichen Gnade ganz überantworteten Gottesgnadentum nachzuführen.

Wie wahr dies ist, lehrt ein Gang durch die Dessenlosigkeit. Die Worte: Kaiserlich, Königlich, Hoflieferant S. M. stehen einem noch immer in tausendfältiger Zahl an. „Kaiserliches Postamt“ — was ja von jeher sprachlicher Unfug war, denn was hat Postdienst mit dem Kaiser gemein? — ist noch landauf, landab zu lesen. Das „Königliche“ Amtsgericht übt noch vielerorts seine verknackte Tätigkeit aus. Noch immer gibt es bei uns in Danzig ein königliches Polizeipräsidium. Eine „Königliche“ Steuereinnahme verleiht auch jetzt noch ihre verwünschten Zettel — übrigens gleichfalls sprachlicher Unfug, denn hat diese Kgl. Steuereinnahme jemals die Steuern des Königs eingenommen? Der „Königliche“ Landrat übt heute noch in mancher preussischen Einöde sein Amt verträumt und annähernd obendrein aus. Und der Hofnotar, der Hoflieferant, der Kgl. Hofbaudirektor ärgert noch weiter das republikanische Auge.

Mit alledem ist aber die Zahl der öffentlichen Vergernisse einer republikanischen Zeit noch nicht erschöpft. In allen Städten sind der Königsplatz, der Kaiser-Wilhelm-Ring, das Kronprinz-Wilhelm-Gymnasium noch immer nicht auf anziehendere Namen umgetauft. Alles Kleinigkeiten, wird man sagen, die das republikanische Wesen nicht beeinträchtigen. Was ist das? Indes, das Leben auch das des Staates, lebt sich aus Kleinigkeiten zusammen. Man ist gewohnt, von den Neuerlichkeiten auf das Wesen einer Sache zu schließen. Die Monarchie wußte wohl, was sie tat, als sie streng auf die Einhaltung der Neuerlichkeiten hielt und sich durch diese ständig und überall in die Untertanenschädel einhämmern ließ. Was würde man von einem Kaufmann sagen, der bei Uebernahme eines Geschäftes nicht sofort das Firmenbild änderte, sondern den Namen eines sehr verrufenen, gänzlich bankrotten Vorgängers auf Ladenschild und Drucksachen weiterführte? Für den guten Ruf seines Geschäftes oder seines Charakters würde das ganz gewiß nicht verbrennen sein.

Aber darüber kann es eine Meinungsverschiedenheit nicht geben und ist auch keine vorhanden. Daß der neue Freistaat alle steinernen, bronzenen, schriftlichen wie bildlichen Zeichen, die einst zu seiner Verherrlichung der bankrotten Vorgänger geschaffen, schleunigst beseitigen wird, kann keine Frage, sondern nur eine Selbstverständlichkeit sein. Daß die Regierung und ihre Organe zu dieser Sache ziel zu läumig sind, muß deutlich gesagt werden. Hätte sie ihre Pflicht von allem Anfang an erfüllt, könnten nicht heute noch Bourgeois und Junkerföhnen die Republik durch das Verlangen, die Kaiserbilder in die Schulzimmer zurückzuschaffen, grausam verhöhnen. In den Pflichtenkreis der Landes- und Reichsregierungen fällt in erster Linie die Aufgabe, die das künstlerische und republikanische Gewissen gleich stark beleidigenden Denkmäler abzutragen, eine Aufgabe, deren Erfüllung schon durch den Mangel an Baustoff und Metall geboten erscheint.

Allein an der großen Unterlassungsünde des neuen Staates trägt die Regierung nicht alle Schuld. In zahllosen Amtsstuben sitzen nun Republikaner; in vielen Gemeinden haben sozialistische Arbeiter die Mehrheit; auf dem weiten

Gebiete der öffentlichen Tätigkeit sind Arbeiterräte allenthalben als Kontrollorgane mitbestimmend tätig. Hätten sie, die Republikaner, Sozialisten und Arbeiterräte nur einen Teil von dem republikanischen Pflichtbewußtsein der Pariser Arbeiter gezeigt, das Schild des deutschen Freistaates wäre heute ein würdigeres. Was sie veräußert haben, sollten sie ohne Zeitverlust nachzuholen trachten. Die Republikaner, Sozialisten und Arbeiterräte haben, jeder in seinem Bereich, auf sofortige Beseitigung der monarchischen Inschriften, auf Umtaufung der nach Fürsten benannten Straßen und Plätze, auf Reinigung der Schulen und Amtsstuben von Kaiserbildern, auf Säuberung der Rathäuser und anderer Gebäude von Monarchen-Büsten und ähnlichen Geschmackslosigkeiten zu dringen. Und wenn sie bei diesem Reinigungswerk nur die Hälfte der Rücksichtslosigkeit aufwenden, die die Monarchie für ihre Sache aufbrachte, dann wird das neue Deutschland in ein paar Tagen schon eine saubere republikanische Fassade haben.

Am 10. Januar Austausch der Ratifikationsurkunden.

Paris, 6. Jan. (Havas.) Der Text der vom Obersten Rat angenommenen Formel, der die Verhandlungen über das von Deutschland zur Kompensation für die Zerstörung der Flotte von Scapa Flow verlangte Marinematerial zu Grunde lege, wurde am Montag nachmittag dem Freiherrn v. Versner übergeben. Man hat sich mit der deutschen Delegation endgültig über die Formulierung geeinigt, so daß der Unterzeichnung des Ratifikationsprotokolls des Friedensvertrages nichts mehr im Wege steht. Die durch die Inkraftsetzung des Vertrages nötig gewordenen Maßnahmen wurden im Prinzip ins Auge gefaßt. Der Austausch der Ratifikationsurkunden wurde auf den 10. Januar, Sonntag nachmittag, festgesetzt.

Entwaffnete Baltikumräuber in Jittau.

Von amtlicher Seite wird berichtet: Die im Durchgangslager Groß-Poritsch und in der König-Ludwig-Kaserne in Jittau untergebrachten Osttruppen gefahren durch ihr Benehmen, sowie vor allem durch Verkauf von in ihrem Besitz befindlichen Schusswaffen die allgemeine Sicherheit und versuchen den Staat durch Verkauf von Pferden und Ausrüstungsgegenständen in seinem Eigentum zu schädigen. Zur Wiederherstellung ordnungsmäßiger Zustände im Durchgangslager sind gestern, am 5. Januar früh 5 Uhr, vom Wehrkreiskommando 4 Reichswehrtruppen nach Jittau herangezogen worden. Im Groß-Poritscher Durchgangslager befinden sich zurzeit noch etwa 200 Mann. Bei der heutigen Besetzung des Durchgangslagers durch die Reichswehrtruppen wurden die Baltikumtruppen ohne irgendwelchen Zwischenfall entwaffnet.

Die baltischen Räuberbanden müssen es schon arg getrieben haben, daß sich die Reichswehr zum Eingreifen veranlaßt sieht. Die Weuteregesellschaft hätte schon beim Ueberstreifen der Grenze entwaffnet werden und ihnen das gestohlene Gut abgenommen werden müssen. Statt dessen können sie noch überall versuchen, ihr Räuberleben fortzusetzen.

Baltenschwein und Roskehund.

In der „Täglichen Rundschau“ gibt ein aus dem Baltikum zurückgekehrter Hauptmann Damm seine Eindrücke beim Rückzug zum Besten. Hauptmann Damm ist sehr enttäuscht über den Empfang, den die deutsche Bevölkerung Ostpreußens den Baltikumern bereitet hat. Daß die Ostpreußen über die baltischen Rückläufer nicht enttäuscht sein konnten, dafür haben diese schon genügend durch Rauben und Plündern gesorgt. Besonders schlecht war das Verhältnis der Baltikumer zur Reichswehr. Hauptmann Damm schreibt darüber:

„Unsere Leute vertrugen sich mit den Reichswehrangehörigen mäßig. Die titulierten uns mit „Baltenschweine“, worauf unsere Feldkrieger prompt mit „Roskehund“ reagierten. Hauptmann Damm kommt zu dem Ergebnis, daß es sich nicht gelohnt habe, für das deutsche Volk auch nur einen Finger krümmen zu machen. Hätte er nur früher diese Ueberzeugung gehabt und samt seinen Spießgesellen das baltische Abenteuer aufgegeben, das übrigens durchaus nicht so uneigennützigem Motiven entsprang, ehe das deutsche Volk schweren Schaden durch das eigenmächtige und disziplinwidrige Handeln habe.“

Die Versorgung Berlins.

Berlin, 6. Jan. Im Auftrage der Großherzoglichen Gemeinden begab sich gestern eine Abordnung unter Führung des Oberbürgermeisters Bermuth zum Reichstagskanzler, um auf die äußerst kritische Lage hinzuweisen. In der sich zurzeit die gesamte Lebensmittelversorgung Großberlins befindet und die nunmehr durch die Störung der Getreidezufuhr noch weiter bedenkliche Verschärfung erfährt. Den Zusage der Reichstagskanzler gegenüber versicherten der Reichstagskanzler und die anwesenden anderen Ver-

treter der Regierung, daß für die nächsten Wochen kein Grund zur Besorgnis vorliege. Es könne bei der gegenwärtigen Sachlage Gewähr dafür übernommen werden, daß die Versorgung mit Brot und mit Nahrungsmitteln und mit Kartoffelerzeug bis Mitte Februar (!) voll gesichert sei.

Antimonarchistische Demonstration in Bulgarien.

Berna, 5. Jan. An den letzten Königsfeindlichen Unruhen in Sofia nahmen ungefähr 40 000 Menschen teil. Eintreffende Truppen wurden mit Revolverkugeln und Steinwürfen empfangen. Zahlreiche Personen wurden schwer verletzt. Die Zahl der Toten ist noch nicht bekannt.

Die Eisenbahner-Tarifverhandlungen.

Amlich, Berlin, 5. Jan. (W. B.) Die Tarifverhandlungen zwischen der Eisenbahnverwaltung und den Gewerkschaften der Eisenbahnarbeiter sind heute nachmittag, wie verabredet, wieder aufgenommen worden. Es hat heute eine allgemeine Aussprache stattgefunden. Morgen beginnen wieder die Einzelberatungen, die nunmehr ohne Unterbrechung weitergeführt werden sollen, um den Tarif so schnell wie möglich fertigzustellen.

Frankfurt a. M., 5. Jan. (W. B.) In der Frankfurter Eisenbahnerbewegung hat sich die Lage seit Sonnabend nicht verändert. Das Eisenbahndirektionsgebäude ist seit heute mittag von Reichswehrtruppen und Polizeimannschaften besetzt.

Der Streik der Versicherungsangestellten.

Berlin, 5. Jan. (W. B.) Die geheimen Abstimmungen in den Versicherungsbetrieben haben etwa 87 Prozent abgegebene Stimmen für den Streik ergeben. Die Entscheidung, ob in den Ausland eingetreten werden soll oder nicht, wird im Zentralverband der Angestellten erst im Laufe des Dienstags erfolgen. Man will sich, falls es zur Arbeitsniederlegung kommt, nicht allein auf Berlin beschränken, sondern auch die Angestellten im ganzen Reich umfassen.

Clemenceaus Präsidentschaftskandidatur.

Paris, 5. Jan. Laut „Echo de Paris“ erklärte Clemenceau gestern einem Besucher, der ihn über seine Kandidatur zur Präsidentschaft befragte: „Die Wahrheit ist die, daß man mich für die Präsidentschaft bestimmt“. Das „Echo de Paris“ sagt dazu: Das große Wort ist also gefallen.

Eduard Bernsteins 70. Geburtstag.

Genosse Eduard Bernstein feiert seinen 70. Geburtstag. Er ist am 6. Januar 1850 zu Berlin geboren und steht nun fast genau ein halbes Jahrhundert in der sozialistischen Arbeiterbewegung. Der junge Bankbeamte war kaum 22 Jahre alt, als er in die Partei eintrat, die damals 3-spaltig war. Bernstein schloß sich der Eisenacher Richtung an, die aber alsbald für die Einigung mit den Sozialdemokraten zu wirken, die auch auf dem Gothaer Kongress 1875 erfolgte. 1878 wurde Bernstein Redakteur des „Sozialdemokraten“, der erst in Zürich, dann in London erschien. In dieser Zeit häuften der junge temperamentvolle Redakteur so viel Sünden gegen den preussischen Staat auf sich, daß er dann selbst nach dem Fall des Sozialisten-Gesetzes 12 Jahre lang nicht nach Deutschland zurückkehren konnte. Er kam erst 1902 zurück und war dann Reichstagsabgeordneter von 1902 bis 1907 und von 1912 bis 1918, d. h. bis zur Auflösung des letzten kaiserlichen Reichstages durch die Revolution.

Wie einst Marx so hatte auch Bernstein aus den Nachteilen seiner langjährigen Verbannung Vorteile für seine geistige Entwicklung zu ziehen verstanden. Sein Londoner Aufenthalt brachte ihn in enge Beziehungen zu Friedrich Engels, gab ihm Gelegenheit, Geschichte, Politik und Wirtschaft des englischen Weltreiches kennen zu lernen und seinen Blick für Fragen der auswärtigen Politik zu erweitern. Das, in Verbindung mit seinen hohen geistigen Eigenschaften und seinen auch von allen Gegnern stets anerkannten geraden, aufrechten und wahrheitsmütigen Charakter verschaffte ihm früh großes Ansehen in der deutschen und in der internationalen Arbeiterbewegung, neben Luxemburg galt er als bester Hüter des von Marx und Engels hergekommenen Marxismus.

Sein stürmisches Kämpferdasein brachte zwei große Kriegen seinen Abfall von der sogenannten Marx-Orthodoxie im Jahre 1898 und seine vorübergehende Abkehr von der Partei aus Gründen der Kriegspolitik im Jahre 1915.

Im Jahre 1898 trat Bernstein mit Artikeln in der „Neuen Zeit“ hervor, denen er ein Jahr später seine „Vorlesungen des Sozialismus“ folgen ließ. In diesen Artikeln und in dieser Schrift setzte er auseinander, daß sich die Kapitalanhäufung in wenigen Händen und damit der Reife-Prozess vom Kapitalismus zum Sozialismus nicht so und nicht so schnell vollziehe, wie das einige der feurigsten Marx-Apostel annahmten. Er warnte vor dem Glauben, daß das Ziel des Sozialismus mit einem Schläge erreicht werden könne, und empfahl den Weg des demokratischen Fortschrittes und der sozialen Reform in der Richtung zum Sozialismus. Sein damaliges Auftreten erregte großen Widerspruch nicht nur bei denen, gegen die es sich vornehmlich richtete, sondern auch bei zahlreichen anderen Parteigenossen, die auch für die Partei den Weg ruhiger Entwicklung für richtig hielten.

aber von blühenden Kämpfen und theoretischen Streitfragen — damals waren sie noch theoretisch — eine praktische Schädigung der Arbeiterbewegung befürchteten.

Wie immer man über die Opportunität seines damaligen Auftretens auch heute noch denken mag, so bleibt es doch kaum zu verkennen, daß er für seine Gewissenspflicht hielt, neu erworbene Erkenntnisse seinen Genossen mitzuteilen, von alten Irrtümern öffentlich abzurücken und vor ihnen zu warnen. Bernstein ist immer das Gegenteil eines Opportunisten gewesen, wenn es sich darum handelte, für das Eintreten, was er für recht und richtig hielt.

Die Kriegspolitik der Partei konnte er nicht mitmachen und so aus seiner Anschauung auch die Konsequenz. Er schloß sich der sogenannten Arbeitsgemeinschaft und später auch der unabhängigen Partei an. Nach Ausbruch der Revolution ging er jedoch wieder zur Sozialdemokratischen Partei zurück. Seine hauptsächlichste Aufgabe sah er jetzt in der Wiedervereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien. Die Erinnerung an seine Jugendzeit, da er die Oberländer und Casselaner einigen half, mag dabei mitgewirkt haben.

Wenn er sein Ziel auch noch nicht erreicht hat, so können wir ihm doch danken, daß er mit solcher Liebe und Wärme dafür emporgetreten ist.

Man kann gelegentlich mit Bernstein ernste sachliche Meinungsverschiedenheiten haben, aber man kann nie aufhören, ihn wegen seiner gewaltigen wissenschaftlichen Arbeit zu achten und wegen seines lautereren Charakters, seiner selbstlosen Hingabe an die Sache der Arbeiterbewegung zu lieben.

Die englische Blutherrschaft in Indien

Ueber das schreckliche Blutbad, über das wir schon kurz berichteten, erfahren wir jetzt, nach dreiviertel Jahren, Einzelheiten, die ein grelles Licht über die Segnungen der europäischen „Kolonisation“ werfen. Diesmal handelt es sich um die Zivilisation in britischer Erscheinungsform. Selbstverständlich unterscheiden sich die „Kulturträger“ der anderen kapitalistischen Staaten in den Kolonien von der englischen nicht im geringsten. Die „Heldentat“ des englischen Generals Dyer war indessen so entsetzlich, daß selbst in England sich ein Entzündungssturm erhob und die englische Regierung sah sich veranlaßt, eine Untersuchungskommission einzusetzen. Aus dem Bericht dieser Untersuchungskommission, betr. die Unterdrückung der Aufstandsbewegung in Bombay, Delhi und dem Punjab unter General Hunter geben wir hier einiges wieder.

Das Hauptinteresse erregten natürlich die Aussagen des Generals Dyer, der die Niederschlagung der Versammlung bei Amritsar angeordnet hatte. Nach dem Eintreffen des Brigadegenerals im Bezirk wurde am 15. April das Kriegsgesetz verhängt. Der stellvertretende Distriktskommissar Irving sagte aus, es sei verboten worden, daß sich mehr als zehn Menschen an einem Orte versammelten. Derselbe Sondergerichtsbezirk wurden eingesetzt. 261 Personen wurden zur Auspeitschung verurteilt wegen Bruchs der Disziplin, Trunkenheit und anderer Vergehen gegen die öffentliche Ordnung. Drei Auspeitschungen wurden im Hauptquartier vollzogen, zwei auf der Polizeistation und sechs auf dem Bazar wegen Teilnahme an der schweren Mißhandlung der Pflegerin Sherwood. General Dyer erklärte, er sei am 11. in Amritsar eingetroffen und habe sich die größte Mühe gegeben, in allen Teilen der Stadt bekannt zu machen, daß alle Personen, die sich irgendwo versammelten, Gefahr liefen, durch Waffen-gewalt auseinander getrieben zu werden. Am Nachmittag erhielt er die Meldung von einer Versammlung bei Jallianwala Bagh und sei sofort mit 25 britischen Schützen und 25 Indiern und 20 Gurkhas sowie zwei armetierten Wagen nach dem Schauplatz aufgebrochen. Er fand 5000 Menschen versammelt. Die ersten Redner zählten 30 Sekunden nach seiner Ankunft gab er den Befehl, das Feuer zu eröffnen. Da die Proklamation in weitem Umfange verhängt war, kam ihm nicht der Gedanke, daß viele in der Menge nichts von ihr erfahren hätten. Er hielt es für seine Pflicht, die Masse durch schnelles Feuer zu zerstreuen und so lange weiter zu schießen, bis letzteres erreicht war. Ein wenig Schießen würde nicht genügen. Es sei wohl möglich gewesen, die Menge auch ohne Feuer zu zerstreuen, aber sie würde wieder gekommen und gelacht haben und er würde sich zum Narren gemacht haben. Ich betrachtete die Menge als Rebellen und hielt es für meine Pflicht zu feuern, und zwar gut zu feuern. Es war eine schreckliche Pflicht für mich, aber es war eine barmherzige Maßnahme (!). Ich dachte, ich müßte gut und energig feuern, damit niemand anders nötig hätte, wieder feuern zu lassen. Wenn ich das Recht hatte, einen Schuß abzugeben, hatte ich auch das Recht zu vielen.“ Er habe das Feuer fortgesetzt, bis die Munition knapp wurde. Wenn er gequert hätte, so hätte er ein Kriegsgericht verdient. Im ganzen wurden 1650 Schuß abgegeben, und das Feuer dauerte noch nicht zehn Minuten. In der Nacht nach dem Feuer habe er in der Nacht alles ruhig gefunden. Auf die Fragen des Generals Hunter und des Sir Chimandai Setaiabad, ob er es nicht für nötig gehalten habe, sich um die Verwundeten zu kümmern, erwiderte er: „Rein, gewiß nicht! Es war nicht meine Sache, die Hospitäler waren offen; sie hätten sich dorthin begeben können. Am nächsten Tage habe er die Erlaubnis gegeben, die Leichen zu begraben bezw. zu verbrennen. Viele Leute hätten ihn wegen seines Vorgehens gelobt und erklärt, daß er die Situation gerettet habe.“

General Dyer legte dann noch die Gründe auseinander für seinen Befehl, daß alle Inhaber der Straße, in der sich Sherwood den mörderischen Angriff erlitten hätte, nur auf allen Seiten kriechend passieren dürften. „Wir haben Frauen als geächtet an, und ich hätte nach einer entsprechenden Strafe. Ich empfand, daß die Straße selber als geächtet angesehen werden müsse und ordnete darum an, daß sie kein Inhaber passieren dürfe, es sei denn auf allen Seiten. Ich dachte, daß infolge dieses Befehls kein vernünftiger Mensch die Straße überhaupt passieren würde.“ Er wünscht nur, daß die an dem Angriff auf die Pflegerin Beteiligten auf der Straße gerechtfertigt würden. Er lebe öffentliches Vertrauen, eine dort gebräuchliche Form der Betätigung unter dem Kriegsgesetz als geeignet an, einen großen Eindruck hervorzurufen. Der Kriegsbeehl sei vom 19. bis 21. April in Kraft geblieben. Er würde ihn schon am 20. April widerrufen haben, doch hätte er zu viel anderes zu erwägen gehabt.

Phui Teufel

Das Gerücht von der Ermordung Trotskys, das wir gestern wiedergeben, scheint sich erfreulicherweise nicht zu bestätigen. Es ist hier nur wieder einmal der Wunsch der

Vater des Gedankens gewesen. Die „Danziger Allgemeine Zeitung“, die bekanntlich bei der Ermordung des Genossen Haase der Erwartung nach neuen politischen Worten Ausdruck gab, ist auch jetzt wieder schwer betäubt, daß sich das Gerücht von Trotskys Ermordung nicht bewahrheitet. Sie schreibt unter der Ueberschrift: „Trotsky gerichtet?“

Leider wird das Gerücht, daß diese Geißel der Welt erledigt sei, wohl wie alle früheren gleichartigen sich kaum bekämpfen. Untraut vergeht nicht und mit diesen Leuten ist der Teufel im Bunde. General Borissow hätte dem kriegerischen Wiener Reformjuden Trotsky-Braunstein auf seine Vorwürfe mit Recht erwidern können: Hannemann geh du voran! Des Bolschewistenhüpfelings Heldentum besteht allein in seinem Maulwerk. Im Pulverdampf hat er sich unseres Wissens nach nie hervorgetan.

Mit Gott für Kaiser und Reich stand bis vor einem Jahre an der Spitze des Junkerorgans. Und das Wort will ja auch stets für christliche Sitte eintreten. Das geschieht, in dem es unerhoblen für politischen Mord eintritt. Ein feines Christentum. Phui Teufel!

Ueber Trotskys mangelndes Heldentum sollte sich doch die „Allgemeine“ nicht aufregen. Ihre Hohenzollernlieblinge haben im Weltkrieg ihren Heldenmut doch nur in der Etappe und in der Heimarbeit bewiesen.

Die Nachfolgerin der Hamburg-Amerika-Linie.

Hamburg, 5. Jan. Am 1. Januar traf, wie schon kurz gemeldet, der Dampfer „Mandschuria“ der American-Linie mit Passagieren erster Klasse und einer gemischten für verschiedene Städte Deutschlands bestimmten Ladung in Hamburg ein. An Bord des Dampfers befand sich auch der Vizepräsident der American-Linie S. Mc. Glone, der, wie er einem Vertreter des W. L. B. bestätigte, nach Deutschland gekommen ist, um einen regelmäßigen Dampferdienst seiner Gesellschaft zwischen Deutschland und Amerika einzurichten und die alten Verbindungen wieder anzuknüpfen. Der neue Dienst soll vorläufig von den Dampfern „Mandschuria“, „Mongolia“ und „Ransmond“ ausgeführt werden, die in Abständen von 14 Tagen zwischen Hamburg und Neunorf verkehren werden. Die „Mandschuria“ ist ein erstklassiger moderner Dampfer von etwa 20 000 Tonnen und ist auszurüstet zur Beförderung von Passagieren erster und dritter Klasse. Sie ist das erste Schiff des neuen Dienstes. In Kürze werden ihr „Mongolia“ und „Ransmond“ folgen. Sobald es nötig wird, soll der Dampferdienst allwöchentlich vor sich gehen. Indem er über diesen neuen Dienst sprach, erwähnte Mac Glone ganz offenherzig, daß die American-Linie auf die erfolgreiche Unterstützung und Mitwirkung seitens des deutschen Volkes rechne, insbesondere der Hafenbehörden von Hamburg, in deren Händen es liege, durch uneingeschränktes Entgegenkommen bezüglich der Docks, die für solche Schiffe nötig seien, eine sachgemäße Behandlung der großen Fracht- und Passagierdampfer zu ermöglichen. Auch die Sicherung der nötigen Kalfaterie sei Sache dieser Behörden. Er hoffe, daß solche Docks dauernd zur Verfügung der American-Linie gestellt und daß die Geschäftsinteressen Deutschlands überall von der Einrichtung des Dienstes zwischen beiden Ländern unterrichtet würden. Mc. Glone wird einige Zeit in Deutschland bleiben. Die Burzau der American-Linie befinden sich in Hamburg, Burgstraße 28.

Der „Imperator“ unter englischer Flagge.

Der frühere Havagadampfer Imperator hat, wie die „P. R.“ erfahren, kürzlich seine erste Fahrt unter englischer Flagge von Neunorf nach Southampton zurückgelegt. Beinahe 3000 Passagiere befanden sich an Bord. Die Fahrt dauerte 11 Tage statt sechs. Der Kapitän, der frühere Kapitän des verunkelten Cunard-Dampfers Aquitania, erklärte die langsame Fahrt weniger durch das schlechte Wetter, als durch die schlechte Qualität der Kohle.

Die ameritonischen Behörden hatten, obwohl das Schiff unter englischer Flagge fuhr, die Mitnahme irgend welcher alkoholischer Getränke verboten, so daß der Imperator seine erste Fahrt unter Entenflagge als „Dry Ship“ (trodenes Schiff) zurücklegen mußte.

Der Gesetzesentwurf über die Filmzensur.

Der vom Reichsminister des Innern, Koch, vor einiger Zeit angekündigte Entwurf eines Gesetzes über die Zensur von Bildstreifen für Lichtspiele (Filme) ist jetzt dem Reichsrat zur Beschlußfassung zugegangen. In der Begründung wird über die Vorgesichte und Zweck des Entwurfs folgendes ausgeführt:

Der Antrag des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918 bestimmte mit Gesetzeskraft, daß eine Zensur nicht mehr stattzufinden habe. Damit war die Vorprüfung der Bildstreifen, abgesehen von denen, die vor jugendlichen zur Vorführung gelangten, an sich fortgefallen, wenn sie auch in einzelnen Ländern tatsächlich noch weiter ausgeübt wurde. Diese Freiheit hat nicht dazu geführt, die Lichtspieltheater zu einer wahren Volksunterhaltung- und Volksvergnügungstätten zu machen. Vielmehr wurde der Filmmarkt mit Erzeugnissen überschwemmt, die wegen ihres entsetzlichen und verrobbenden Inhalts lebhafteste Proteste der Öffentlichkeit hervorriefen. Infolgedessen drang schon bei Beratung der Beratung die Ueberzeugung durch, daß Abhilfe erforderlich sei. Die Verhältnisse auf dem Filmmarkt haben sich seitdem nicht gebessert. So genannte „Kaufmannsfilme“ und ähnliche auf Erregung niedriger Instinkte berechnete Erzeugnisse, die immer neue Proteste aus dem Volke herausforderten, haben das Theater beherrschet.

Nach § 1 des Gesetzesentwurfs dürfen Bildstreifen (Filme) öffentlich nur vorgeführt werden, wenn sie von den amtlichen Prüfungsstellen zugelassen sind. Die Zulassung erfolgt auf Antrag und ist zu verweigern, wenn befürchtet werden muß, daß durch die Vorführung des Bildstreifens die öffentliche Sicherheit gefährdet wird, oder wenn der Bildstreifen geeignet ist, das religiöse Empfinden zu verletzen oder durch Erregung niedriger Instinkte verrobbend oder entsetzlich zu wirken. Besonders verurteilt ist die Strafe der Jugendverstellungen. Von der Vorführung von Jugendverstellungen, d. h. Personen unter 17 Jahren, sind alle Bildstreifen ausgeschlossen, von denen eine schädliche Einwirkung auf die sittliche, geistige

oder gesundheitliche Entwicklung oder eine Ueberreizung der Phantasie der Jugendlichen zu besorgen ist.

Die Prüfung erstreckt sich auf den Bildstreifen selbst, den Titel und den verbindenden Text sowie die zur Vorführung gehörige Reklame an den Geschäftslökalen und an den öffentlichen Anschlagstellen.

Zur Prüfung befugt sind Prüfungsstellen, die nach Bedarf an den Hauptstellen der Filmindustrie errichtet werden und deren Zuständigkeit räumlich abgegrenzt werden soll. Als solche kommen nach der Begründung zurzeit nur Berlin und München in Frage.

Gegen das Verbot eines Bildstreifens ist dem Antragsteller, dem Vorstehenden, sowie jedem bei der Entscheidung beteiligten Mitglied der Prüfungsstelle das Recht der Beschwerde innerhalb zwei Wochen gegeben.

Die Oberprüfungsstelle, die auf solche Beschwerden entscheidet, besteht aus fünf Mitgliedern, einem Beamten als Vorsitzenden und vier Sachverständigen als Beisitzern, von denen einer dem Lichtspielgewerbe, bei Jugendvorstellungsprüfungen zwei den Kreisen der Jugendbildner entnommen sein müssen. Die Entscheidung auf die Beschwerde ist endgültig. Für Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des Gesetzes sind Gefängnisstrafen bis zu zwei Jahren und Geldstrafen bis zu 15 000 Mark oder eine dieser Strafen angedroht, im Falle der Fahrlässigkeit Geldstrafen bis zu 3000 Mark. Neben der Strafe kann auf Einziehung des Bildstreifens erkannt werden ohne Unterschied, ob er dem Beurteilten gehört oder nicht.

Von den Senatswahlen in Elsaß-Lothringen.

Ueber die am 11. Januar stattfindenden Wahlen in Elsaß-Lothringen erfährt die „Humanität“, daß die sozialistische Partei keine Kandidaten in Elsaß-Lothringen zu diesen Wahlen aufstellen dürfte. Der Grund zu dieser Enthaltung liegt in dem für den nationalen Block wiederum äußerst günstigen Wahlmodus. So sind im Unterelsaß die zwölf Kantone, die bei den Kantonalwahlen hieriale Abgeordnete gewählt haben, mit 131 000 Stimmen vertreten, während die 4 sozialistischen Kantone 147 000 Stimmen haben, woraus hervorgeht, daß ein reaktionärer Kantonalrat 11 000 Einwohner vertritt, während ein sozialistischer Kantonalrat der Vertreter von 37 000 Wählern ist. Desgleichen im Oberelsaß. Die zwölf Kantone, die von Hierikalen vertreten werden, zählen 140 000 Einwohner, während die vier sozialistischen Kantone Mühlhausen-Süd, Colmar, Gebweiler, Markkirch 151 000 Einwohner zählen. Das bedeutet, daß ein hierikaler Kantonalrat 11 600 Einwohner, ein sozialistischer Kantonalrat aber beinahe 33 000 Wähler vertritt. Da die Kantonalräte die hauptsächlichsten Wähler für die Senatswahlen sind, ist unter diesen Umständen ein Kampf für die Sozialisten ziemlich aussichtslos. Im Oberelsaß will Daniel Blumenthal für die Kandidaten aufgestellt hatte, ihren Beschluß umgestoßen hat und den früheren Führer der Radikalen, den Industriellen Jules Scheurer zum Kandidaten gewählt hat. Im Niederelsaß ist bis vor kurzem von der Möglichkeit der Kandidatur des Sozialisten Peirates, des Bürgermeisters von Straßburg gesprochen worden und es war sogar davon die Rede, daß die radikalsten Gruppen von Straßburg seine Kandidatur unterstützen würden. Heute sei es jedoch sozusagen sicher, daß auch im Unterelsaß der nationale Block allein Kandidaten aufstellen wird.

Die australischen Parteien.

Nach Meldungen ausländischer Blätter hat die Neuwahl des australischen Parlaments der revolutionären Partei einen noch größeren Erfolg gebracht, als die ersten telegraphischen Meldungen besagten. Sie gewannen nicht 6, sondern 8 neue Mandate und senden nun 31 Vertreter ins Parlament. Die Mandatsziffer der Nationalisten sinkt von 49 auf 35 und diese Partei verliert damit ihre bisherige absolute Majorität. Das Junglein an der Wage bildet nunmehr die agrarische Partei, die bisher mit 3 Mandaten völlig unbedeutend war, nunmehr aber deren 12 erhalten hat.

Diese Wahl besiegelt vollends das Schicksal der einst so mächtigen australischen sogenannten „Arbeiterpartei“. Bis zum Jahre 1892 hatte die australische Arbeiterpartei überhaupt keine Vertretung im Parlament. Die politischen Parteien waren eigentlich nur zwei kapitalistische Gruppen deren eine die großen Farmer und Viehzüchter gegen den Schutz Zoll, während die andere, die der Industriellen und Geschäftsleute für den Schutz Zoll war. Jede der beiden Parteien verband mit ihrer Politik ihre besonderen rein kapitalistischen Geschäftsinteressen. Aus einem über ganz Australien sich erstreckenden Generalstreik im Jahre 1892 aber, der mit einer vollständigen Niederlage der Arbeiterpartei endete, erwuchs dieser die Einsicht von der Notwendigkeit einer eigenen Partei. Eine starke politische Agitation setzte unter ihr ein und die „Arbeiterpartei“ wurde gegründet, die binnen weniger Jahre die stärkste des Landes wurde. Die Führer der Partei aber, besonders W. M. Hughes, W. Holmann und A. Fischer liefen ihr nicht nur einen falschen Weg, indem sie in ihr jeden Klassenkampfgedanken unterdrückten und jeden revolutionären Geist erstickten, sondern sie handelten direkt gegen das Interesse der Arbeiterpartei, sie machten bürgerliche und nicht sozialistische Politik. Ihre Maßnahmen wurden schließlich direkt arbeitersindlich. Bei jedem Streit stellten sie sich auf die Seite der Unternehmer und verwandten das „Militär gegen die Streikenden. Diese Entwicklung der „Arbeiterpartei“ ließ aus den Kreisen der Arbeiter eine neue wirklich revolutionäre Partei entstehen die der revolutionären Sozialisten. Es war klar, daß diese Partei von schließlichen Verfolgungen und Einschränkungen durch die „Arbeiterpartei“ Regierung der Hughes und Konfessionen ausgeht war.

Die Arbeiterpartei setzte schließlich ihrer Politik die Krone auf als sie sich während des Krieges mit der alten liberalen Partei — der Partei des reinen Kapitalismus — zu sogenannten nationalistischen Partei verband. Es hat auf diese Weise eine eigene Partei zu sein und ist jener auf Gebeth und Verberb ausgeliefert. Doch der Ausgang der Wahl hat gezeigt, daß nunmehr der größere Teil der australischen Arbeiterpartei ihren wahren Charakter erkannte, obwohl die Regierung von ihrer Macht, die ihr den ganzen Wahlapparat in die Hand gab, den schrankenlosesten Gebrauch gemacht hat, hat sie fast ein Drittel ihrer Stimmen verloren und die sozialistische Partei die wahre Arbeiterpartei ist jetzt zur stärksten einflussreichen Partei geworden.

Das erwachende Aegypten.

Englische Funkprüche berichten von schweren Unruhen in Aegypten. In Kairo, in Alexandrien, in Tanta und in einer Reihe anderer Städte des Niltaltes fanden in den letzten Tagen große nationalistische Kundgebungen statt, die in opferreiche Straßenkämpfe mit der Polizei und den englischen Truppen mündeten. Mahmud Soliman Pascha und Ibrahim Saib Pascha, der Präsident und Vizepräsident des Komitees der Aegyptischen Delegation, wurden verhaftet, über Alexandrien wurde der Belagerungszustand verhängt, der Gouverneur von Aegypten trat zurück. Das Komitee für die Unabhängigkeit Aegyptens fordert die Aegypter auf, in ihrem Kampfe um das von Wilson verkündete Selbstbestimmungsrecht auszuharren und ihn mit allen gesetzlichen Mitteln fortzusetzen.

Die Kapitalisten Bondons sind beunruhigt. Seit März vorigen Jahres durchzittert eine wachsende Gärung Aegypten. Im März und April griff die aufständische Bevölkerung das britische Militär an und versuchte den gesamten Eisenbahn- und Telegraphenverkehr im Nilland lahmzulegen. Die britischen Behörden warfen den Aufstand nieder. Aber bald darauf brach er wieder los. Britische Truppen wurden neuerdings auf den Straßen Alexandriens angegriffen und zum erstenmal trat auch das eingeborene ägyptische Proletariat, die „Pflugbauern“, die Fellachen, in den Streit. Die Baumwollproduktion Alexandriens war ernsthaft gestört, die Baumwollbörse der Stadt mußte geschlossen werden. Abermals griff Militär ein, abermals schufen die britischen Bajonette und Maschinengewehre „Ruhe“. Aber der revolutionäre Funke glimmte fort. Nun melden englische Funkprüche neuerlich vom Aufkommen der ägyptischen Unabhängigkeitsbewegung, von Straßenkämpfen, von Toten, Verwundeten, Verhafteten, vom Belagerungszustand. Aegypten ist der mächtigste Pfeiler des britischen Imperiums; eine Revolution im Nilland könnte ihn gefährden. Daher beeilte sich die englische Regierung, um den Aufstand zu beschwören, mit aller Feierlichkeit zu verkünden, daß sie eine Kommission mit der Aufgabe betrauen werde, diesem Lande eine Konstitution zu geben. In einer großen Rede erklärte der Staatssekretär für Aegypten Lord Curzon am 5. November im Hause der Lords, daß Großbritannien Aegypten mit Hinblick auf seine Lage am Eingangsort nach Palästina und Afrika und an der Heeresstraße nach Indien nicht sich selbst, aber als Spielball der Interessen anderer Großmächte überlassen könne, daß aber die ägyptischen Interessen in erster Linie für die Verwaltung des Landes maßgebend bleiben werden. „Unter dem Fittich einer großen zivilisierten Macht“ wird es zu einer guten Verwaltung, zu Wohlfahrt und Glück gelangen. Lord Milner werde die Bedingungen einer ägyptischen Verfassung studieren. Aegypten ist erwacht, die Gedankenarbeit der Demokratie beginnt auch im Nilland zu keimen.

Die uralte Kulturstätte, die die heilige Bilderschrift vor vier Jahrtausenden schilderte, der mittelalterliche Hochsitz mohammedanischer Kultur und kriegerischen Glaubensfanatismus, blieb in seiner Verfallenheit vom europäischen Kapitalismus bis zum Eindringen der Geldwirtschaft, die durch den Bau des Suezkanals den Sieg über die Naturalwirtschaft des Landes errang, unberührt. Aegypten war Vasallenstaat der Türkei; der Sultan von Konstantinopel der Souverän des Landes, vertreten durch den Kheiwien, der alle Macht aus des Sultans Hand empfing. Eine Reihe alter Fermane hatte diesem Vasallenstaat einige Souveränitätsrechte verliehen; aber die Verpflichtung zur Zahlung eines alljährlichen Tributs erinnerte ihn an sein Abhängigkeitsverhältnis. Im Lande herrschte noch die alte Lebens-

verfassung; der Grund und Boden war Eigentum des Staates. Der Fellache, der ihn bewirtschaftete, besaß nur das erbliche Nutzungsrecht. Dafür mußte er eine Grundsteuer bezahlen und mehrere Monate im Jahre als Fronarbeiter an den Nildämmen und Kanälen arbeiten. Der Fellache verfügte freilich nicht frei über sein Grundstück; er konnte es weder verkaufen noch verpachten oder abtreten. Aber es haßte auch nicht für die Schulden des Fellachen und es konnte ihm zur Bezahlung seiner Schulden nicht abgenommen werden. So sicherte die Lebensverfassung und die mit ihr verbundene Naturalwirtschaft den Millionen ägyptischer Pflugbauern eine leidlich sichere Existenz. Sie verschloß aber auch Land und Volk der Gemeinschaft des Kultur- und Wirtschaftsbereiches des Abendlandes und verkümmerte seine Produktivkräfte.

Am 5. Januar 1856 unterzeichnete der damalige Vizekönig von Aegypten Saib Pascha eine Konzessionsurkunde für den Bau des Suezkanals, die ihm der französische Generalkonsul Ferdinand v. Lesseps vorgelegt hatte. Im April 1859 begann der Bau. Mit dem gewaltigen Kanalbau stülten große Geldmengen ins Land. Der eindringende Kapitalismus geriet aber mit der alten Lebensverfassung im Lande in Konflikt. Die gewaltigen Arbeitermassen, die er zum Bau der Hafenanlagen in Alexandrien, der riesigen Staudämme bei Assuan, Eluch, Fium und Kattub, des Eisenbahn- und Telegraphennetzes im ganzen Lande bedurfte, mußten vom Boden losgelöst, die Bauern also „befreit“ — im Marfchen Doppelsinn: frei von feudalen Verpflichtungen, aber auch frei von jeglichem Eigentum — werden. Die „liberale“ Agrarreform, die tastend Saib Pascha schon im Jahre 1854 begann, wurde nun intensiv fortgesetzt. Das landesherrliche Obereigentumsrecht wurde aufgehoben und dem Fellachen das Recht gegeben, nun „frei“ über seinen Boden zu schalten, ihn nach Belieben zu verkaufen, zu verpachten und mit Schulden zu belasten. Das Agrarkapital hatte indes die Bahn frei; es raffte so viel Grund als nur möglich zusammen. Seine kleine Landstrolche vermochte den ägyptischen Zwerghauern trotz seiner Genußsamkeit und der Fruchtbarkeit des Bodens nicht zu ernähren. Die Folge war eine steigende Verschuldung des kleinen Besitzers, die endlich zu seiner „Expropriation“ führte. Alle Spielarten des Pachtstems entwickelten sich nun: die Geldpacht, die Arbeitspacht, die Halbpacht — eine Mischung von Natural- und Geldpacht. Der Fellache verdingt sich entweder mit Weib und Kind dem ägyptischen Großgrundbesitzer oder bezahlt den Pachtzins in einem Anteil an dem Ernteertrag in Arbeit oder in Geld. In wenigen Jahrzehnten waren die jahrhundertalten Eigentums- und Rechtsverhältnisse des Landes umgestürzt, das hörige ägyptische Proletariat in noch drückendere Abhängigkeitsverhältnisse geraten, indessen seine Beherrscher märchenhafte Reichtümer aus dem Lande zogen.

Als Lesseps im Jahre 1854 mit seinem Kanalprojekt vor Europa trat, lehnte England jede Beteiligung daran ab. Als aber der Kanalbau vollendet war, erkannte es seine ungeheure Bedeutung für seine Machtstellung im Orient und Indien und rief sowohl den Kanal als auch Aegypten an sich. Im Jahre 1882 landeten britische Truppen in Alexandrien, Aegypten wurde unter englische Verwaltung gestellt. Im Dezember 1914 erklärte die englische Regierung über das Land das Protektorat. So wurde Aegypten, wenn auch nicht rechtlich, so in der Tat englischer Besitz.

Aegypten ist die große Landbrücke, die Englisch-Indien mit dem englischen Kapland verbindet. Aegypten ist die „goldene Pforte“, durch die die europäischen Handelschiffe und die englischen Schlachtkreuzer vom Mitteländischen Meer über das Rote und das Arabische Meer zum Indischen Ozean auf dem kürzesten Wege gelangen. Auf dem ägyptischen

ischen Pfeiler ruht das mächtige Gebäude des afrikanisch-asiatischen Weltreiches Britanniens.

Das Eindringen englischen Kapitals in Aegypten hat die Produktivität des Landes ungeheuer gesteigert. Durch den Bau der Staudämme hat es das Dehland eingezogen, die fruchttragenden Landstrecken verdoppelt; durch die Anlage eines kunstvollen Schleusen- und Verteilungssystems den Ertrag des Bodens vervielfacht. Der Krieg, der unter dem englischen Herrschaft die Kornkammer des Mittelmeeres, so verwandelte es englisches Kapital in eine gewaltige Baumwollplantage.

Aber die Revolution der Arbeits- und Eigentumsverhältnisse hat auch die Menschen des Landes revolutioniert. Das eindringende Kapital proletarierte die Bauern des Landes; aber es schuf auch eine bodenkundige Bourgeoisie. Die ägyptischen Proletariat, die Fellachen, sind zu eigenem Leben noch nicht erwacht. Aber die ägyptische Bourgeoisie, an den europäischen Hochschulen herangebildet, mit den liberalen Gedanken der Demokratie erfüllt, bäumte sich gegen die englische Vorherrschaft auf. Die jungtürkische Bewegung entfesselte auch eine jungägyptische Bewegung, getragen, dort wie hier, von der eingeborenen Intelligenz, die die Unabhängigkeit des Landes erstrebt. Der Krieg, der unter dem Zeichen des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker geführt wurde, hat die Freiheitsimpulse des ägyptischen Bürgertums mächtig gesteigert. Nun der Krieg siegreich beendet ist, besteht es auf der Einlösung des Scheins.

Die Kreis- und Amtsblätter

haben einen großen Aufschwung genommen. Viele von ihnen triteten vor dem Kriege eine erbärmliche Existenz, erschienen fast unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das ist im Kriege anders geworden. Die Zwangswirtschaft mit der amtlich geleiteten Lebensmittellieferung und Bezugscheinpflicht haben fast alle Familien gezwungen, diese amtlichen Blätter zu lesen. Damit ist politisch eine andere Situation eingetreten. Unter dem alten Regime galt mit kalter Grausamkeit immer der Spruch: Weß Brot ich esse, des Vieß ich stige. Wie es kein Beamter in dem glorreichen deutschnationalen Bergangehaltsstaat wagen durfte, mit einer sogenannten staatsgefährlichen Partei in Verbindung zu treten, so wurde jeder, der irgend einen Auftrag von einer staatlichen oder kommunalen Behörde bekommen wollte, gezwungen, auch die offizielle konservativ-monarchistische Politik zu unterstützen. Wir brauchen nur an die zahlreichen Erlasse zu erinnern, in denen den Beamten Vorschriften für ihr politisches Verhalten gemacht wurden. Grundlegend und geradezu berühmt geworden ist jener Erlass Wilhelms I. vom 4. Januar 1862, in dem die folgende Stelle zu finden ist:

„Es liegt mir fern, die Freiheit der Wahlen zu beeinträchtigen; aber für diejenigen Beamten, welche mit der Ausführung meiner Regierungssätze betraut sind und deshalb ihres Dienstes nach dem Disziplinargebiet enthoben werden können, erstreckt sich die durch den Dienst beschworene Pflicht auf die Vertretung meiner Regierung bei den Wahlen. Die treue Erfüllung dieser Pflicht werde ich mit Dank annehmen und von allen Beamten erwarten, daß sie sich im Hinblick auf ihre Pflicht bei der Treue von jeder Agitation gegen meine Regierung bei den Wahlen fernhalten.“

Nach diesem System wurde unter der alten deutschnationalen Freiheit jedem irgendwie Abhängigen sein politisches Verhalten vorgeschrieben. All die Blätter und Blättchen, die ihre Existenz notwendig mit amtlichen Ergüssen und Druckaufträgen trügten, mußten also petalisch bemüht sein,

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber (Fortsetzung.)

„O nein, nein, Hochwürden. Ich müßt ohnedem in einem fort reden, denn mir geht allerhand durch den Kopf. Aber ich lasse mich nicht treze machen und wenn ich bei einer Sache verbleibe, so weiß ich ganz gut meine Meinung.“

„Gut, doch muß Er auch imstande sein, Müller, auf das zu hören, was ich ihm zu sagen habe.“

„Ich bin ja noch bei mir, warum sollte ich nicht aufmerken können?“

„Ich finde ihn in einer schlechten Verfassung, Herlinger, das ist keine Vorbereitung zu dem Empfang der heiligen Sterbesakramente, das muß Er ganz anders anstellen, sonst kann ich sie ihm nicht spenden.“

„Das Wort schlitterte unter dem Kranken, dem die Angst die Erschlaffung der Glieder löste. „Ihr müßt“ freilich er auf, „Ihr müßt ich gehöre zur Pfarrei, habe immer mein Teil und darüber gern gegeben, Ihr habt mein Geld genommen, Ihr müßt! Ihr werdet es doch nicht über Euer Gewissen bringen, Hochwürden.“ lezte er lebend hinzu, „daß Ihr mich daliegen laßt, ohne Versuch, mir aufzuhelfen?“

„Das ist es eben, Herlinger; Er vermeint, durch die Sterbesakramente bleibe er am Leben, darum verlangt Er nach ihnen. Ihm fehlt die christliche Ergebenheit in den Willen Gottes, Er glaubt wohl gar, es anders erzwingen zu können, Er begehrt keine Gnadenmittel, Er will Wundermittel, und die habe ich nicht. Eine heilige Handlung kann ich aber nicht mißbrauchen lassen, es hübe Spott damit treiben, wollte ich einem Menschen die letzte Delung spenden, der sich dabei mit dem Gedanken trüge, es möge doch nur die vorlezte oder drittlezte gewesen sein!“

„Lut nur nicht gleich so böß, hochwürdiger Herr. Ihr müßt freilich besser Bescheid in solchen Sachen wie ich, müßt mir halt sagen, was ich tun muß, daß ich dazu gelangen kann.“

„Wenn Er auf Selnen verfallenen Leib blickt, Müller, dann muß Er sich wohl selber sagen, wie wenig zu hoffen ist und daß Er ganz was anderes der Barmherzigkeit Gottes zu empfehlen hätte.“

„Nichts für ungut, — aber wie man sich halt oft so Gedanken macht, — ich begreife schon, mit ihm vergleichen muß man sich wohl, daß er es einem im Leben gut gesehen läßt, gut Freund muß man wohl mit ihm bleiben, sonst vermagt er einem die Felder und läßt kümmerlich und Trübsal, aber man vermeint doch, für weiter hinaus müsse er einem nichts mehr anhaben! Wenn es aus-

sein soll mit mir, wozu brauch ich ihn denn? Wenn einer verstorben ist, so ist er wohl ganz und gar verstorben.“

„Herlinger, Er ist auch einer von denen, die Gott fürchten wie den Teufel, darum möchte Er ein Ende der Herrschaft absehen. Ich aber sage ihm, Gottes Macht und Herrlichkeit leuchtet über Lebende wie über Tote in gleicher Helle, darüber ist keiner so ganz sicher, ob ihm nicht dereinsters vor ihr die Augen übergehen; denn wie keiner weiß, von wannen er kommt, so ist er auch nicht gewiß, wohin er geht, und ich möchte den Allmächtigen nicht versuchen, was er für weiter hinaus mir anhaben, wozu ich ihn noch gebrauchen könnte, denn nach der Zeitlichkeit beginnt die Ewigkeit!“

„Hochwürden, glaubt Ihr daran?“

„Warum sollte ich fragen, was ich nicht glaube?“

„Wohl, Ihr hättet es nicht Ursache. Aber doch — nicht jeder darf reden, wie er es vermeint; was seines Amtes ist, daran muß er sich halten. Hab einen Advokaten gekannt, der hat auch gesagt, von der Wahrheit könne er nicht leben.“

„Verblendeter Mensch! Wenn ich dir jetzt mit den Erbstörungen der Kirche beistimme, was bin ich denn anders als dein Advokat, der dich nicht unvorbereitet, nicht unverteidigt vor den Richterstuhl Gottes treten lassen will?! Aber auch ich werde da mit der Wahrheit nicht weit kommen, denn ich darf mit deinen Sünden und Vergehungen nicht die strenge Gerechtigkeit Gottes aufrechten wollen; ausstülgeln muß ich sie durch die Gnadenmittel, damit ich seine Erbarmung für dich anrufen kann!“

„Ja, ja, es müßt schon recht sein, wenn Ihr es tätet, es wänt nicht schaden, wenn es nur nicht! Aber ihr hochwürdigen Herren seid ja selber so, alle Dheven seht ihr einem die Sünden nach, und darauf rüdt ihr sie ihm wieder allzusammen vor, — wenn bestimmt ist, daß es einem eingebracht werden soll, so steht wohl auch schon das Urteil fest, was hilft nachher aus Beten und zum Kreuz kriechen?“

„Es hilft auch nicht ohne aufrichtige und — so es noch etwas gut zu machen gibt — tätige Reue. — Wie aber kommt Er dazu, Herlinger, daß Er sich leichter in eine harte Fährung und ein strenges Gericht Gottes ergibt, als an dessen Milde und Barmherzigkeit glaubt?“

„Ja, es ist mir halt alles im Leben so übermüde geworden, immer eines auf das andere, als ob es hätte sein müssen, niemals ist es mir so gut geworden, daß ich einem Jantner hätte ausbengen können, niemals hat es mich aus einem Drangsal gerissen, wie andere oft, daß man meint, ihr Schüzengel fährt sie an der Hand heraus, und wenn man so immer und alleweil ohne jede Hilfe verbleibt, dann merkt man wohl, wie man nie etwas hat tun können“

gegen das, was werden will, und wenn es der Herrgott auf einen abgesehen hat, da muß man noch froh sein, wenn man ihm abdeteln kann, daß er es nicht gar zu groß macht. — Als ich ein Bub hab ich meine Mutter verloren, mein Vater hat nach ihr ein junges Weib genommen und kurz darauf kam auch ein Stiefbruder zur Welt, natürlich waren bald alle drei gegen mich, die Mutter wegen ihrem Kind, der Vater wegen der Bäuerin, und der reize Stiefbruder hielt sich an das Beispiel der beiden; nun ja, mein Erbrecht auf die Mühle trug mir all die Gefährlichkeiten ein, das konnte ich freilich damals nicht wissen, in so jungen Jahren hat man noch nicht den Verstand, aber eben, wo man gar keine Ursache weiß, da tut es desto weher, wenn man immer so lieblos aus dem Wege geschoben wird. — So bin ich aufgewachsen, dabei ist nichts Gutes geschehen, aber auch außerm Haus hätte ich mir nichts herausnehmen sollen. Die anderen alten Leute lachten, wenn ihre Bursche wild und toll luten und meinten, so verbleibt nicht und sie würden sich schon die Hörner ablassen, mir aber legte mein Vater, ich sollte mir bereit verzeihen lassen, sonst erschlüge er mich. Daß ich ihnen neidig war, sah er gar bald, und sie zahlten mir mit Spott heim. Da hab ich denn aus Troß angefangen, es heimlich ärger zu treiben, wie sie offen; o, auf trummern Füßen findet man schon auch seine Leute, ist zwar dem einen an den anderen nichts, — aber zum Grak und Dank ist es — ich geude gut genug.“

Der Pfarrer rührte mit der Hand an die Bewerte. „Gut Er, Müller, da gibt Er wohl selber zu, daß das nicht zu loben und nicht gut getan war, ich denke, es könnte ihm auch die Reue dalüber nicht schwer fallen.“

„Das nicht, Hochwürden, das wußt nicht, derlei unbedachte Sündigkeit mag wohl einer rechtshoffen bereuen! Wer weiß, ob es nicht ohne das mit mir ganz anders stünde. — ob ich jetzt auch schon so sich dalage! Hab ohnehin meine wilde Zeit einmal abbrechen wollen, aber es hat ja nicht sein sollen. Das war, wie die Wentinger Kathrin zu uns auf die Mühle in Dienst kam, mit der hielt ich es auf der ehelichen geraden Straße, der war viel an mir gelegen, und ich freute mich, daß ich einmal auch so eine fand. Was für ein Ende es genommen, darauf mügen sich wohl noch viele Leute im Ort besinnen, mein Vater heidte sich hinter den Herrn Pfarrer und den Herrn Bürgermeister, durch den Gedanken hat er die Dürre, die seine höhere Stunde mehr habe, von der Mühle weggehen, mit Dieben und Bauschreibern auf einen Karren laden und nach ihrer Heimat abschieben. Geißer hat ich das Weibsbild nicht mehr gesehen.“

(Fortsetzung folgt.)

den spärlichen politischen Raum mit durchaus flüchtigen Material zu füllen.

Bei der geringen Verbreitung dieser Amtsblätter war ihre Wirkung in der Hauptsache auf das Land beschränkt, hier allerdings um so fruchtbarer. Diese amtlich konservativen Versuche der Landbevölkerung trug ein Teil der Schuld, daß unsere sozialistischen Ideen auf dem Lande so schwer Fuß faßten.

Heute ist die Gefahr unendlich viel größer geworden. Wir haben die republikanische Staatsform, eine parlamentarisch-demokratische Regierung und darin die Vertretung einer sozialistischen Partei, die die meistaus stärkste im Lande ist. Heute sind die Auftraggeber dieser Amts- und Kreisblätter die mehr oder minder sozialistischen Regierungen oder sozialistisch besetzte Behörden.

Wenn heute unsere Regierung nach dem Maßstab der wilhelminischen Regierungsmethoden gegen die Amts- und Kreisblätter losgehen wollte, wäre die Mehrheit von ihnen bereits verboten und ihre armen unverantwortlich verantwortlichen Redakteure säßen hinter Schloß und Riegel. Denn das gottvolle sogenannte politische Zeug, das in diesen Blättern heute noch tagtäglich verzapft wird, ist eine dauernde Anpöbelung der Regierung und der Regierungsparteien. Alle diese vielen tausend Amtsblätter benutzen nach wie vor nur deutsch-nationale Korrespondenzen und Matern.

Die alte deutsch-nationale Regierung mit dem Monarchen an der Spitze ist nicht mehr. Aber der bis ins kleinste ausgearbeitete gewaltige Apparat der Kreis- und Amtsblattpresse arbeitet nach wie vor im Auftrag und im Interesse der deutsch-nationalen Partei. So unterhält in der Tat die jetzige Regierung der Republik mit ihren Mitteln einen großen Apparat zu ihrer eigenen Bekämpfung.

Sollen wir mit den Mitteln der Allgemeinheit einer Partei, die noch stets die Allgemeinheit geschädigt hat, die Waffen liefern? Es ist ein unerhörter Gewissenszwang, der heute noch ausgeübt wird, daß Millionen Menschen gezwungen sind, sich täglich oder wöchentlich eine politische Kost bieten zu lassen, die ihr ganzes Denken und Empfinden aufsteife verleiht. Die es sich nur deshalb gefallen lassen müssen, weil Land und Gemeindeverwaltungen sie mit ihren Veröffentlichungen unbedingt auf ein solches Organ anweisen.

Nicht wenige dieser Zeitungen würden bei Entzug der amtlichen Bekanntmachungen sehr bald ihr schwaches Lebenslichtchen ausblenden sehen, weil ihnen nach Fortfall der Bekanntmachungen auch die Leser davonlaufen würden. Die preussische Regierung hat unlängst eine Amtsblätterkonferenz abgehalten, aber zu durchgreifenden Taten ist es bisher noch nicht gekommen.

Dieses alldeutsche Kreis- und Amtsblätterwesen trägt viel zur Diskreditierung der deutschen Republik bei. Wir wollen keine Meinungsfreiheit unterdrücken, aber die kleine Minderheit, die unbelehrbar monarchistisch ist, sollte ihre Propaganda wenigstens mit eigenen Mitteln, nicht mit denen der Allgemeinheit treiben.

Erwerbslosenunterstützung und Reichsnotopfer.

Die Ratifizierung des Friedensvertrages dürfte demnächst erfolgen. Das wird auch manche guten Folgen haben. Die Kapitalisten haben sicher an der Ratifizierung des Friedens und der damit beginnenden Konsolidierung des deutschen Wirtschaftslebens im kapitalistischen Sinne ihre Freude. Der Mittelstand wird ebenfalls der nach Friedensschluß steigenden Valute wohlthuende Folgen verspüren, besonders wenn er sich nicht von profitierbaren bürgerlichen Parteien über's Ohr haufen läßt. Auch der deutsche Arbeiter wird in der Lage sein, an dem wirtschaftlichen Aufschwung nach dem Friedensvertrage Anteil zu nehmen und entgegenstehende Minderheiten zu durchkreuzen.

Wie sieht es aber mit den Erwerbslosen, insbesondere den uns hier interessierenden Erwerbslosen im Freistaatsgebiete? Die Kapitalisten und ein Teil des Mittelstandes werden wie bisher verlangen, daß die Erwerbslosen arbeiten sollen, anderenfalls müssen sie hungern. Daß aber keine Arbeit vorhanden ist, oder daß andere arbeitslos werden, wenn die jetzt Erwerbslosen an ihre Stelle treten, das kümmert die Satten nicht. Ferner wird man zum hundertsten Male jene Fälle anführen, in denen unbedeutende Erwerbslosenunterstützung erhoben worden ist. Daß ein kleiner Teil Erwerbsloser nebenher Geschäfte macht oder sonst wie es versteht, die Unterstützung unberührt zu erhalten, soll nicht bestritten werden. Es hat stets Schleichtrotzler gegeben. Von ihnen mag diese Sorte Erwerbsloser gelernt haben, daß die letzten es weniger gut verstehen, und ihre Profite geringer sind, als die aus dem meißens geschäftlich irgendwie geschäftigen Geschäften der anderen Sorte. Man denke z. B. an den erwerbslosen Wilhelm von Amerongen, an die arbeitslosen Flederer im Baltikum, an die Steuerbefrauenten vor und nach Wilhelm's Zeit, an die Schneider von Geburts Gnaden bei den Staatsrippen usw. Die Erwerbslosen, denen unsere Sorge gilt, verdienen ihr trauriges Schicksal hauptsächlich der Arbeitslosigkeit wegen, von denen sie verdammt werden. Der größte Teil der Erwerbslosen steht unerschuldet dem heutigen Stand gegenüber, da muß geholfen werden.

Nach der Ratifizierung läßt die Zahlung des 1/2-Anteils der Erwerbslosenunterstützung von Reichsbewegen auf. Der Freistaat soll auf 1/2 den ganzen Betrag aufbringen. Daß den Herren im Magistratskollegium diese Mittelbeschaffung schwere Sorge macht, ist selbstverständlich. Man hat versucht, Erwerbslose in anderen Teilen des Reiches unterzubringen. Diese Versuche sind wegen Mangel an Unterkunftsplätzen und aus anderen Gründen gescheitert. Die Fortschaffung deutscher Arbeiter aus Danzig kamte für die Schädigung des Deutschtums führen, wenn später Arbeitermangel eintritt und polnische Kräfte untergebracht werden. Rücksichtsworte hat eine derartige Spekulation auf billige Arbeitskräfte und Streikbrecher mitgeschleift. Da möchten wir schon heute dringend warnen, weil es uns schließlich möglich sein wird, auch den polnischen Arbeitern begreiflich zu machen, daß Schwermetalle besser schmeckt, als Beringe.

Für den Magistrat heißt es alle weiser nehmen, wenn nicht aus den Läden derjenigen, die zwar gehen können, aber nicht wollen. Die Kapitalisten drohen mit allen zehn Fingern, wenn man an ihrem geschäftlichen Geldbeutel rührt. Mit den Geldmitteln möchten die Herren und das Ansehen. Um Macht und Ansehen zu erriten, wie man versteht, die alten Kräfte wieder werden zu lassen, indem man einen Raubzug auf die Läden der Winderbemittelten unternimmt soweit sie im Fahrwasser der bürgerlichen Parteien gefährlich oder aus Unmündigkeit schwimmen.

In dieser Situation sind wir Sozialisten wieder einmal in der glücklichen Lage, den Regierern zu machen. Im Reich soll bekanntlich zur Aufrüstung der Kriegsstellen das Notopfer erhoben werden. Der Freistaat braucht diese Erwerbslosen zu tragen und damit kommt auf das Reichsnotopfer für den Freistaat der Verdacht. Auf der Gesetzesseite wird man sofort einwenden, daß bei

Reich trotz der Kriegskosten ebenfalls die Erwerbslosenunterstützung aufbringen müsse. Stimmt zwar, aber im Reich wird darum der Kopfschmerz nicht kleiner sein. Wir brauchen uns jedenfalls nicht in allen Fällen an das Schema Reich zu halten. Es kommt für den Freistaat noch hinzu, daß er nicht nur wegen der Erwerbslosenunterstützung sondern auch sonst eine blendende Reize in der Staatskasse haben wird. Andererseits streifen die Kosten unserer Danziger Banken und die Geldstrafe unserer Freistaatskapitalisten geradezu prägnant. Bei uns kommt noch viel ausländisches Geld mit hohem Valutakurs hinzu, das zum großen Teil auch aus Kriegs- und Revolutionsergebnissen herrührt und einen Niederschlag weniger Schmerzhaft empfinden dürfte. Warum sollen diese Geldbehalte gegenüber denen des Reiches bzw. ihrer Heimatstaaten gerade hier in Danzig geschenkt werden? Die guten, einsichtigen Elemente unter ihnen, wenn sie auch sicher nicht in der Mehrheit sind, werden das nötige Verständnis für die Situation haben, zumal sie hier bleiben oder hergekommen sind, um besonders gute Geschäfte zu machen und auch aus den Knochen der arbeitenden Bevölkerung zu profitieren. Auf die weniger einsichtigen und weniger guten Elemente Rücksicht zu nehmen, dafür liegt erst recht kein Anlaß vor. Darum muß unsere Parole lauten: Man an den Speck, wo er hängt, und nicht zu ängstlich sein!

Unsere Genossen im Stadiparlament finden bei dieser Lösung des Erwerbslosen-Problems eine ebenso dankbare wie selbstverständliche Aufgabe. Aber auch die bürgerlichen Stadtverordneten werden bei den Abstimmungen, die namentlich erfolgen müssen, schon mit Rücksicht auf die Zukunftswahlen mitmachen müssen, soweit sie sich arbeiterfreundlich oder gar wirtschaftlich nennen. Es wird von verschiedenen Seiten schon jetzt bedauert, daß unsere Genossen im Stadiparlament nicht über die Majorität verfügen und deshalb die Angelegenheit in unserem Sinne glatt erledigen können. Es liegt nun an den Erwerbslosen und den Arbeitern, genau aufzupassen und für die Zukunft die Augen aufzuhalten.

Otto Weick.

Genossenschaftliches.

Genossenschaftliche Planwirtschaft.

In eingehenden Darlegungen berichtet F. Bieth in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ über den Ausbau der Konsumgenossenschaftlichen Organisation. Zusammenfassung der Kräfte unter Berücksichtigung der Eigenart aller beteiligten Verhältnisse, so die Konzentration aufgefaßt, werde sie den höchsten Nutzen gewähren. Er kommt zu folgendem Schluß:

„So beginnt sich überall eine genossenschaftliche Planwirtschaft zu entwickeln. Diese Planwirtschaft wird die Leistungsfähigkeit und damit die Werbekraft der Konsumgenossenschaftsbewegung wesentlich stärken. Sie wird die Durchführung der Aufgaben der Konsumgenossenschaftsbewegung, die Organisation des Verbrauches und auf der Grundlage des organisierten Verbrauches die genossenschaftliche Eigenproduktion sehr erleichtern. Die Hebung der Leistungsfähigkeit der Konsumgenossenschaftlichen Organisation ist im Interesse der wirtschaftlichen und moralischen Wiedergeburt unseres Landes dringend notwendig. Wir leben in einer furchtbaren Zeit, die auch bei manchen Genossenschaftlern eine trübe Stimmung aufkommen läßt. Wie kann das auch anders sein! Vierzehnjähriger Krieg, während welcher Zeit an Stelle des Rechtes die Gewalt herrschte, viele Millionen Männer jahrelang der produktiven Tätigkeit entzogen und auf die Vernichtung von Menschen, wirtschaftlichen Werten und Kulturgütern eingestellt, die furchtbare Not des heimatischen Volkes, die die schäbige Kunst der Schieber, Wucherer, Schleich- und Winkelhändler üppig gedeihen ließ — das alles hat unser Volk auf einen wirtschaftlichen und moralischen Tiefstand gebracht, aus dem es wieder heraus muß, soll es nicht völlig untergehen.

Die Hilfe kann aber nicht allein von oben, sie muß in erster Linie von unten, durch die Selbsthilfe des Volkes kommen. Die Hilfsmittel sind Hebung der Arbeitsfreudigkeit, Stärkung des Gemeinfinns, Ausschaltung unnötiger Gewinne einstreifender Zwischenglieder. Alles das kommt in der Konsumgenossenschaftlichen Betätigung zum Ausdruck. Die Konsumgenossenschaft arbeitet unter Ausschaltung privatkapitalistischer Gewinnerzielung nur im Interesse der organisierten Verbraucher nach dem Grundsatz: Einer für alle, alle für einen. Die genossenschaftliche Bedarfsgüterversorgung und -erzeugung bringt also nicht nur wirtschaftliche Vorteile, sie stärkt auch den Gemeinfinns und hebt die Moral im wirtschaftlichen Leben. Je stärker und leistungsfähiger die Bewegung wird, desto mehr wird sie dem Volke nützen. Um aber die höchste Leistungsfähigkeit zu erlangen, ist die genossenschaftliche Planwirtschaft nötig.“

Bewerkchaftliches.

Das Lehrlingswesen in den Bäckereien und Konditoreien.

Dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren (Eich Hamburg) wurde im Oktober 1919 eine Erhebung über die Zahl der beschäftigten Lehrlinge vorgenommen. Das Ergebnis ist außerordentlich interessant und verdient daher, auch in der Öffentlichkeit gewürdigt zu werden. In 28745 Bäckereien wurden neben 19625 Gehilfen 21531 Lehrlinge ermittelte. Auf je 100 Gehilfen entfielen somit 111 Lehrlinge. Gegen die Jahre vor dem Kriege kann eine starke Zunahme von Lehrlingen festgestellt werden. 1904 wurden auf je 100 Gehilfen 44 Lehrlinge gezählt. In den Kriegsjahren wurden auf die gleiche Gehilfenzahl 1915 63, 1916 78, 1917 143 Lehrlinge festgestellt. Der jetzt zu verzeichnende Rückgang mag auf die Tarifabschwächungen zurückzuführen werden, nach denen in diesem Jahre keine Lehrlinge eingestellt werden dürfen. Das starke Rückgangswesen der Lehrlinge in diesem Gewerbe hat nun zur Folge, daß in zweieinhalb Jahren der Gehilfenstand durch den Nachwuchs vollständig erneuert werden kann. In Mitteldeutschland, Sachsen, Thüringen, Schlesien, dem Oben und Württemberg, wo durchschnittlich 200 bis 300 Lehrlinge auf je 100 Gehilfen entfallen, ist der Nachwuchs so groß, daß sämtliche beschäftigten Gehilfen bereits in einem Jahre ersetzt werden können. — In den Konditoreien wurden in 3159 Betrieben 2779 Lehrlinge und 3482 Gehilfen festgestellt. Auf je 100 Gehilfen entfallen 80 Lehrlinge. Hier ragt wiederum Württemberg weit über den Durchschnitt hinaus, wo 305 Lehrlinge auf je 100 beschäftigte Gehilfen entfallen.

Solche Vorgänge können begreiflicherweise nicht zur Seindung des Gewerbes beitragen. Es wird dadurch, trotz der großen Abwanderung von Bäckern und Konditoren nach anderen Berufen, eine unheimlich starke Überfüllung des Arbeitsmarktes herbeigeführt. Der „Berufswahlkampf“ beginnt im Oktober von

18823 arbeitslosen Berufstätigen, denen nur 2381 besetzte Stellen gegenüberstanden. Für die Eltern, die ihre aus der Schule entlassenen Söhne die Maderie oder Konditorei erlernen lassen wollen, bestehen trübe Zukunftsaussichten. Das Selbständigmwerden ist nur mehr wenig möglich; viel bestimmter wird aber eintreten, daß vielen schon in den ersten Gehilfenjahren lange Arbeitslosigkeit in Aussicht gestellt wird, wenn sie nicht vorziehen, dem erlernten Beruf den Rücken zu kehren.

Der Vorstand der Arbeitsgemeinschaft hat in Würdigung dieser Tatsachen einstimmig beschlossen, den Arbeitgebern zu empfehlen, 1920 von der Lehrlingseinstellung Abstand zu nehmen, um diesen Mißstand zu beseitigen und den für das Gewerbe notwendigen Nachwuchs in vernünftige Bahnen zu lenken.

Soziales.

Die Zunahme der Tuberkulose.

Gelegentlich eines Lehrganges für Tuberkuloseärzte, der in Berlin vom Reichsausschuß für das ärztliche Fortbildungswesen und der Fürsorgekommission des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose veranstaltet war, hat Geh. Med.-Rat Dr. Senz über die Zunahme der Tuberkulose während des Krieges berichtet. Dank einem Vorbeugungs- und Heilwesen, wie es bisher noch kein anderes Land aufweist, war in Deutschland die Sterblichkeit an Schwindsucht bis zum Jahre 1914 von 81 Todesfällen im Jahre 1886 auf 13,65 auf 10 000 Lebende gesunken. Bald nach Kriegsbeginn nahm aber der Sterblichkeitsanstieg seinen Anfang. Im Jahre 1917 betrug die Sterblichkeit wieder 20,28 vom Tausend. Seitdem hat sie weiter zugenommen. Besonders besorgniserregend ist sie bei den Kindern. Verhängnisvoll war die Einstellung Lungentrinker in das Heer, die Heberarbeit der Frauen, die Minderung der Behandlungsmöglichkeiten durch Schließung von Heilstätten und Mangel an Ärzten; in erster Linie aber die Hungerblockade. In den Veröffentlichungen des Reichsgesundheitsamtes ist jene furchtbare Tatsache festgelegt: 79 der größten Städte mit einer Einwohnerzahl von 10 391 000 wiesen im Jahre 1914 18 659 Tuberkuloseerbfälle auf, im Jahre 1918 aber 32 787. Die Steigerung betrug im Jahresdurchschnitt 14 078. Bei dem offenkundigen Zusammenhang zwischen Schwindsucht und Trunksucht bleibt es Aufgabe aller im Kampfe gegen Tuberkulose tätigen Behörden, Vereine und Persönlichkeiten, auch den Kampf gegen den erneut ansteigenden Alkoholismus mit allen Mitteln zu unterstützen und so überaus wertvolle vorwiegende Arbeit gegen unsere verheerendste Volksseuche zu leisten.

Lokales.

Die verteuerten Zeitungen.

W. Eine ganze Reihe deutscher Zeitungen schickt sich an, die Preise für Abonnements und Anzeigen zu erhöhen. Sie folgen darin dem Zuge der Zeit. Es ist ja auch kein Grund vorhanden zu verlangen, daß unsere geistige Nahrung gleich wohlfeil bleibt, während unsere körperliche Nahrung auf das Fünffache, Zehnfache und mehr verteuert ist. Wir müssen, wenn wir gerecht sind, sogar feststellen, daß die seit fünf Jahren etwa auf das Dreifache verteuerten Zeitungen im Vergleich zu den Verteuerungen anderer Gebrauchs- und Verbrauchsgüter noch immer verhältnismäßig billig geblieben sind.

Und dabei sind die Materialpreise in den Druckereien keineswegs weniger gestiegen als in anderen Betrieben.

Das Zeitungspapier kostete vor dem Kriege 10,50 M. der Zentner, jetzt 100 M.; die Druckfarbe 19 M. der Ztr., jetzt 140 M.; das Metall für Druckfäße 21 M., der Zentner, jetzt 450 M. Das bedeutet eine Preissteigerung für Papier auf das 9 1/2 fache, für Farbe 7 1/2 fache, Metall 23 fache.

Es ist erfreulicherweise nicht zu erwarten, daß die Verteuerung der Zeitungen den Abonnementsbezug und Straßenerwerb wesentlich einschränken wird. Solange die Städte und ländlichen Gemeinden ihren Einwohnern mitteilen müssen, wieviel Lebensmittel sie auf die einzelnen Karten erhalten, werden die Hausfrauen die Zeitungen lesen müssen. Aber auch sonst ist es notwendig, daß unser Volk sich dauernd um das kümmert, was draußen in der Welt vorgeht. Wir sind 5 Jahre von der Welt abgeschnitten gewesen und müssen uns gründlich darüber belehren, wie man draußen denkt, fühlt und handelt, damit wir nicht aus Unkenntnis uns selbst die Bedingungen zur wirtschaftlichen Wiederaufrichtung zerstören.

Die Zeitungen haben eine große und schwere Aufgabe zu erfüllen. Sie werden in der Lage sein, richtige Nachrichten schnell zur Kenntnis ihrer Leser zu bringen. Das kostet viel Geld, besonders wenn die Nachrichten aus dem Auslande bezogen werden müssen. Die Einnahmen der Zeitungen aus Anzeigen werden in dem Maße zusammenschrumpfen, wie die Warenvorräte in Deutschland abnehmen werden. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge wird hoffentlich dazu führen, daß unser Publikum nicht auf die Zeitungen schimpft, weil auch sie die Preiserhöhungen mitmachen.

Krier aller Länder vereinigt Euch!

In der „Frankfurter Zeitung“ finden wir folgende ausgezeichnete Abschrift gegen die Loge der Alldeutschen in Danzig, dem Supernationalen Krier-Bund:

Eine Broschüre kommt uns auf den Tisch geflogen: „Der Supernationale Krier-Bund zu Danzig (G. B.), gegründet am 27. August 1919 durch Carl Reinhold Petter zwecks Hebung des geistigen Niveaus der gesamten Menschheit mittels Vereinigung der Krier in allen Ländern zur positiven Förderung arischer Gesinnung und Denkart, zur Errichtung und Aufrechterhaltung der beiden Grundpfeiler des Volkstums: der arischen Religion und der arischen Sprache.“ Anleitung zu naturgemäßer Lebensweise auf Grundlage arischer Weltanschauung. Sitz des Bundes: Danzig. Geschäftsstelle: Nordstädtischer Graben 42/II. . . . Krier aller Länder, vereinigt euch! . . . usw. usw.

Was die sonstigen internationalen Vereinigungen zur Verbreitung der entzweiten Menschheit, von Claris, Karia, Barbasse, Kabiner, Huruh und alle Verbreitungsstellen anpacken — das nimmt nun der Krier-Bund in seine sichere Hand. Das Gz orientiert sich weicht dem Nordlicht. Aus Adrigsberg kam Kant auf Danzig vorstädtischen Graben nunmehr S. R. Petter. Wer ist Petter? — Frage eines Wahnsinnigen, der nicht in der Welt lebt. Der Bundesleiter erteilte seit dem 27. August 1919 jagenden des Bundes 185 Stunden Privatunterricht in Englisch, Französisch, Dänisch, Schwedisch, Niederländisch und Deutsch (aus Fustländer 21). Wer möchte da an Petter's Heiligtum am Graben

nationalismus zweifeln? Außerdem bewirkt der Erleichterung seit dem 20. September 1919 vorzugsweise auch die „Geschichte der Philosophie von Thales bis Nietzsche“ für 17 Teilnehmer. Was aber wäre das alles ohne den 4. Januar 1914, den Tag der geistigen Empfängnis des Gedankens, der diesem Bunde zugrunde liegt, an welchem Herr Petter in London zufolge spirituelle Eingebung seine bis dahin verfolgte Lebensbahn endgültig aufgab, und, wenn auch zuerst hastend und abgerannt, so doch sicher geleitet von jenem dunklen Drange, der uns den rechten Weges wohl bemerkt werden läßt, auf das Ziel hinarbeitete, welches sich in der Ordnung des Supernationalen Arier-Bundes zu Danzig (G. B.) am 27. August 1919 verwirklichte... und zwar aus einem sichtlich philosophischen Besessensein der „Einheimischen“ heraus.

Nun sprengte der Weltgedanke den engen Kreis dieser, die als „Nicht-Auswärtige“... ihren Wohnsitz in Danzig und Vororten einschließlich Oliva und Joppot haben. Nichtige Auswärtige aber sind solche, die außerhalb dieser Orte wohnen. Diese gilt es zu suchen. Denn nach § 5 kann „Mitglied des Bundes“... jede geistig rege Person idealistischer Gesinnung werden, gegen deren Aufnahme seitens des Vorstandes kein Einspruch erhoben wird. Die Mitglieder haben die moralische Pflicht, durch ihre private und öffentliche Lebensführung das Ansehen des Bundes hochzuhalten, sich jeder aggressiven Feindseligkeiten Anderdenkenden gegenüber zu enthalten, aber überall für die Ideale und Begehren des Bundes einzutreten, wo dies in positiv fördernder Weise geschehen kann. Ueber die Summe ihrer Beiträge hinaus hatten sie in keiner Weise für die Verbindlichkeiten des Bundes und sind von jeder Verantwortung für dessen Tätigkeit dem öffentlichen Recht gegenüber befreit. Anm.: Unter idealistischer Gesinnung ist die Einsicht in die Grundwahrheit der Idealistischen Philosophie (Descartes-Schopenhauer) und deren Umsetzung in die Tat zu verstehen.

Was könnte angeichts solchen Idealismus Herrn Petter eigentlich noch zum Einspruch gegen die Aufnahme irgend eines Vollmenschen veranlassen? Nachdem er den Glauben in sich trägt, daß die Sternschnöcke und Hauptmänner von Köpenick aller Länder vom Triebe ihres arischen Blutes — denn das Blut trägt die Gesinnung — einander friedlich entgegengestimmt werden, nachdem ihn der Krieg von der Herzlichkeit der arischen Muttersprache überzeugen konnte — wer könnte ihn da in seinem Bunde noch tranken? Doch nicht gar der Nichtarier? Denn da es nach Petter die „eine Muttersprache — die arische Ursprache“ erst noch „zu finden gilt“, und ihm das arische Urworte also noch nicht ganz und fest umrissen vor Augen zu stehen scheint, wird es schwer halten, so leicht hin den Arier vom Nichtarier zu unterscheiden. Immerhin sind aus den Titeln einiger der im Bunde angeführten Vorträge nicht ganz unbestimmte Orientierungslinien zu erkennen: „Erläuterung der Religion, Pflichten und Rechte“ (die deutsche Orthographie gibt zu denken!); „Vererbung und Rassenfrage“ (auch das ein interessantes Patrioten-Thema); und dann nach einer Menge Schopenhauer und Brahmanismus schon weit deutlicher die Ausführungen von stud. jur. Gerh. W. P. a. h. u. k. aus Langfuhr über „Die Indo-Germanen und den Einfluß der Mongolen und Semiten auf sie ausgeübt haben.“ Auf dieses Thema des jungen Juristen sei zur Krönung des supranationalen Gedankens aber genannt: Die „Arische Weltanschauung“ nach Houston Stewart Chamberlain! Damit erhellt uns letzte Klärung.

Aber der Wotans-Speer des Arier-Bundes ist nicht zu fürchten, so lange „Die Kunst des Essens“ in zwei Vorträgen (in „qualitativer“ und „quantitativer Beziehung“) mit behaglicher Breite gepredigt wird, so lange Herr Zahnarzt G. B. nach musikalischer Einleitung das deutsche Märchen „Kottappchen“ in efoetischer Bearbeitung anhebt und so lange von den fünf Punkten der Arbeits-Entwurfs der vierte auf die erste, „Gründung einer Vegetarischen Speisehalle“ hinweist, der fünfte auf „Gründung einer Arischen Bildungs-Anstalt auf Grundlage von v. L. H. o. s. e. r. Landwirtschaft“, damit ein Ort geschaffen werde, an welchem die im Blute liegende Gesinnung und Wesenart arischer Jünglinge von Jugend auf unterrichtet und entwickelt werden kann.“ Gewiß: Dänen und Kälber kann man im Arier-Bunde nicht dulden, dem die Petterschaft des Geistes auf den Siegelstempel seiner „Mittos-Krone im Kreise“ aufgedrückt ist. Zweihundert Mitglieder, davon 35 „Einheimische“ und 7 „Auswärtige“ ruhen es in die Welt: „Allen Ariern Heil und ein fröhliches Baldursfest“ Heil, Heil, Heil!!!

O heiliger Sanat Bürokrat . . . !

Einer unserer Leser berichtet uns ein Stücklein, das sich Sanat Bürokratismus geleistet hat, über das man lachen könnte, wenn es tatsächlich nicht so traurig wäre.

Zwischen Weihnachten und Neujahr 1918 wurde von Elberfeld aus ein Schließkorb nach Danzig ausgegeben, der jedoch nicht ankam. Korb und Frachtbrief waren spurlos verschwunden. Nachdem bis zum Juni 1919 alle Nachforschungen vergeblich verlaufen waren, strengte der Besitzer Schadenerschaftsprüfung an. Von Behörde zu Behörde verwiesen, wurde er im Oktober 1919 aufgefordert, die eidestattliche Erklärung abzugeben. Er blieb aber auch weiterhin ohne Nachricht. Reugierig, was aus seiner Angelegenheit geworden sei, versuchte er in diesen Tagen Auskunft zu erlangen. Da stellte sich heraus, — daß in dem Bisherigen nichts bemerkt war!

Gottes Mühen mahlen langsam, aber sicher. Die Mühen der verstaubten preußischen Bürokraten mahlen noch langsamer, dafür aber auch noch sicherer! Wind des 9. November, wehe auch um die alten Böcke einmal tüchtig herum!

Zum Kutscherstreik.

Die Geschäfts-, Last- und Expeditionskutscher Danzigs und Umgegend nahmen in einer überaus stark besuchten Versammlung zu ihrer Lohnbewegung Stellung. Der Geschäftsführer des Transportarbeiter-Verbandes, Genosse Werner, erstattete den Bericht über die Bewegung und wies an der Hand eines umfangreichen Materials nach, daß die Löhne der Kutscher bei einer überlangen Arbeitszeit weit unter denjenigen anderer Arbeitergruppen zurückblieben. Die Lebensmittellieferung, die jeden Tag an Umfang zunimmt, habe die Kutscher gezwungen, mit Forderungen an den Unternehmer heranzutreten. Die neue Forderung, von einem Wochensohn von 85 Mk. und 15 Mk. für die Pferdepflege, ist zweifellos als sehr minimal zu bezeichnen. Trotzdem habe die große Mehrzahl der Arbeitgeber es nicht für richtig befunden, auf die Forderung überhaupt eine Antwort zu erteilen, obwohl die Kutscher sechs Wochen darauf gewartet haben. Die Verbandsleitung müsse es jetzt den Kutschern überlassen, selbst die Schritte zu unternehmen, die sie für geeignet halten, um ihren Lohnforderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Diskussion in der Versammlung war eine sehr rege und es wurden der Verbandsleitung Vorwürfe gemacht, daß sie nicht sofort die Kutscher zum Streik aufgefordert habe. Andere Redner verlangten, daß man die Forderungen übernehme, um die Kutscher zu unterstützen.

gemäß sei. In geheimer Abstimmung wurde dann mit erdrückender Majorität der Streik beschloffen und die Verbandsleitung mit der notwendigen Durchführung beauftragt. Ein Verhandeln könne es im jetzigen Moment nicht mehr geben, sondern nur noch eine restlose Erfüllung der Forderungen. Nachdem die notwendigen Vorbereitungen bezüglich der Kontrolle auf den Straßen und die Wahl der Streikkommission erfolgt war, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation geschlossen.

Wenn es nunmehr zur Arbeitseinstellung gekommen ist, so muß die Schuld lediglich den Arbeitgebern belagert werden, welche noch immer glauben, den „Herrn-im-Hause“-Standpunkt ihren Arbeitnehmern gegenüber vertreten zu können. Wer Wind sät, wird Sturm ernten!

Schützt unsere Wäldungen! Die benachbarten Wäldungen, insbesondere der Olivaer Forst, bieten dem Auge des Naturfreundes und Forschnannes ein betrübliches Bild. Welche Flächen sind von Unbesugten durch planloses Herunterfällungen von wertvollen Beständen verwüstet, wo früher rauschende Wälder den Spaziergänger erfreuten, findet man heute nur noch kahle Hügel mit einzelnen Stämmen.

Mit aller Schärfe wird jetzt versucht, die Holzdiebe dem Walde fernzuhalten und die Schuldigen zur Bestrafung zu bringen. Aber auch das Publikum muß mithelfen, wenn wir unseren Nachkommen statt über Flächen schöne Wälder und die Möglichkeit hinterlassen wollen, das zu Bau- und Brennholz so wichtige Holz in der Nähe zu beschaffen. Es gilt daher jetzt, Holz nur von berechtigten Verkäufern zu erwerben und jedes andere Angebot zurückzuweisen. Auf diese Weise fällt der Anreiz zum Holzdiebstahl für Zwecke des Verkaufs fort und die Bemühungen der Behörden zur Unterbindung des Holzdiebstahls werden in wirksamster Weise unterstützt. Sollte es ferner noch glücken, häufiger die wilden, oft auch noch Wucherpreise verlangenden Holzhändler der Polizei zu übergeben, dann wird bald wieder Ordnung in unsere mißhandelten Wälder eintreten.

Der Ankauf von vermutlich gestohlenem Holz kann übrigens für den Käufer insofern unangenehme Folgen haben, als er sich der Gefahr wegen Hehlerei bestraft zu werden aussetzt.

Wirtschaftsbund Danziger Hausfrauen. Den Danziger Hausfrauen brachte das Jahr 1919 den so lange entbehrten, dringend notwendigen Zusammenschluß. Im Juni wurde der Wirtschaftsbund gegründet, dem sofort zahlreiche Mitglieder aus allen Kreisen der Bevölkerung und allen politischen Parteien zufließen. Jetzt zählt der Bund bereits 8 Ortsgruppen. Bezirksgruppen in den verschiedenen Gemeinden des künftigen Freistadtbezirktes.

Überall wo Hausfrauenrat und -tat notwendig ist, tritt der Bund ein. Jedes Mitglied findet bei erfahrenen Bundesgenossinnen Hilfe und Rat für alle Haushaltsangelegenheiten, einschließlich Kinderpflege und Näherer jeder Art. In der Beschaffung von Nahrungsmitteln unterstützt der Bund seine Mitglieder. So erhielten viele ihren Winterbedarf an Kartoffeln und Obst durch den Bund. Auf seine Anregung hin liefert der städtische Großmarkt jetzt zentnerweise Gemüse zu Großhandelspreisen ins Haus. Die Mitglieder können ihre Aufträge durch den Bund weitergeben. Die Hausfrauen erheben sich den für die meisten recht weiten und umständlichen Weg.

Beschwerden und Anzeigen über Bücher und Lieberverteilung werden an die zuständigen Behörden weitergeleitet.

Seine Hauptaufgabe sieht der Bund jedoch in der Vertretung der Hausfrauen im öffentlichen Leben. Es hat sich schwer gerächt, daß die vielen in den Haushalt eingreifenden Kriegsmassnahmen getroffen wurden, ohne daß der Rat der Hausfrauen eingeholt wurde, die die Hauptleidtragenden und die am meisten Sachverständigen waren. Diesem Zustande mußte ein Ende gemacht werden.

Wir Hausfrauen müssen wissen, warum Maßnahmen z. B. auf dem Lebensmittelmarkt getroffen werden. Wir müssen die Möglichkeit haben, gegen solche, die wir für falsch erkennen, Einspruch zu erheben. Wir müssen mit den Behörden beraten. Bisher fand der Hausfrauenbund das Entgegenkommen der Behörden, und er hofft, mit diesen zusammen nützlich leisten zu können. Einen kleinen Erfolg unserer Tätigkeit kann die Danziger Hausfrau jetzt täglich feststellen, wenn sie ihr freiliegend gebakenes Brot verzehrt. Lange hat es gedauert bis die verschiedenen Widerstände bei dieser kleinen unbedeutenden Maßnahme überwunden waren.

Im neuen Jahre werden die Aufgaben des Bundes wachsen. Nach den bisherigen Erfahrungen sind wir überzeugt, daß Hausfrauenarbeit, auch wenn sie nicht nur für den einzelnen Haushalt, sondern für die Gesamtheit geleistet wird, gute Früchte trägt. Allen Hausfrauen, besonders unseren Mitgliedern wünscht der Wirtschaftsbund ein gutes neues Jahr. Wer noch nicht zu uns gehört, komme bald. Die Hauptgeschäftsstelle befindet sich zurzeit in Langfuhr, Heiligenbrunner Weg 8.

Die Baltikumrebellin der bekannten Sturmabteilung Kobach widmen in einer bürgerlichen Zeitung ihren gefallenen Brüdern folgenden Nachruf:

Im Kampfe gegen Ketten, Pikaret und Volkshewissen starben ihrem Fahnenweid, den sie am 1. November auf historischer Stätte in Lauröggen ablegten: (Hier folgen die Namen von einem Leutnant, einem Fesselweibel, einem Sergeanten, zwei Unteroffizieren, drei Gefreiten und 9 Schützen.)

Das hohe, ideale Ziel ist nicht erreicht. Die Heimat hat uns nicht verstanden. Aber die Toten haben ihre Kameraden gerettet. Das Blut unserer Helden hat uns zusammengeschweißt zu einer festhaltenen Kette. Es wird die Zeit kommen, wo die Ketten zerbrechen und aus dem Mute der Toten tauenbüchtige Frucht spritzen wird.

Die Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der freiwilligen Sturmabteilung Kobach.

Es war ihnen nicht vergönnt, den „Volkshewissen“ zu bekämpfen, was bei diesen Leuten natürlich der Sozialismus ist. Die tauenbüchtige Frucht des Monarchismus, der doch darunter gemeint ist, wird wohl nur ein Phantom der reaktionären Führer und der irreführenden Mannschaften bleiben. Jedenfalls zeigt das Inferno den Weg der Offizierskaste und ist der Arbeiterschaft ein bedeutendes Zeichen, wachsam und einig zu sein.

Ungerechtfertigte Mietpreiserhöhung. Nachdem wir erst vor kurzem einen Fall mitteilten, wo ein Hauswirt den Mietpreis einer Wohnung um 450 Mark pro Jahr erhöhen wollte, sind uns nicht minder mehrere Fälle in denen es sich um unerhörte

Arten des Hauses Dominikswall 15 den Mietpreis einiger Wohnungen, der bisher 35 Mark betrug, auf 82,80 Mark erhöht. Original ist, daß der Wirt selbst dem Mieteingangsam angehört soll. Damit wäre unsere Forderung einer Reformierung des Mieteingangsamtes genügend begründet.

Der Wärterpöbel im Krankenhaus. Auf unsere Kritik über die Verhältnisse in der Abteilung 20 des Städt. Krankenhauses hat der Leiter derselben, Herr Prof. Wallenberg, alle Wärter zusammengerufen und ihnen eine Standpauke gehalten. Er verbot, an Angehörige von Kranken irgendwelche Angaben zu machen. Wir hätten erwartet, daß die Leitung des Städt. Krankenhauses sich zu der Angelegenheit geduldet hätte, sonst werden wir in der Stadtverordnetenversammlung den Magistrats-Bezirgen dazu zwingen. Der Haftbefehl gegen den beteiligten englischen Staatsangehörigen ist, wie uns mitgeteilt wird, aufgehoben worden, dafür hält man selbigen nun im Krankenhaus fest. Auch andere Personen werden monatlang im Krankenhaus festgehalten, besonders solche, die keine Angehörigen haben, welche sich für dieselben einsetzen können.

Die Zahl der Arbeitslosen. Am 20. Dezember blieb bei dem städtischen Arbeitsamt ein Bestand von insgesamt 8104 Arbeitssuchenden. Davon waren 6791 gewerbliche männliche Arbeiter, 357 Handwerker und 166 Gastwirtschaftliche. Weibliche Arbeitssuchende waren insgesamt 1378 vorhanden, darunter 943 gewerbliche Arbeiterinnen und Dienstmädchen, sowie 430 kaufmännische Angestellte.

Sportveranstaltungen in Danzig. Die Arbeitsgemeinschaft für Weisübungen will den Sport in Danzig möglichst vollständig machen und zu diesem Zweck Veranstaltungen durchführen. Die Bevölkerung soll Sportübungen sehen und dafür Interesse gewinnen. In der gleichen Richtung geht auch eine Intention, in Danzig eine Sportwoche einzurichten. Die Juppoteer Sportwoche ist für viele, der Eisenbahnfahrt wegen, nicht bequem genug zugänglich. Wenn man die Danziger Massen gewinnen will, dann mußte es schon in Danzig selbst sein. Es wurde allerdings darauf hingewiesen, daß eine Sportwoche erhebliche Kosten verursacht und nicht ohne Risiko ist. Es sind weiter auch sportliche Vorträge in Aussicht genommen worden.

Die Freie sozialistische Jugend veranstaltet am Sonnabend, abends 8 Uhr, im Saale des Herrn Engbrecht einen Elternabend. Ein reichhaltiges Programm verspricht einen unterhaltenden Abend. Jedermann ist herzlich eingeladen.

Eine Verächtigung stellt uns die Schwester des bei dem Unglück, das sich in der Silberstraße in der Rittergasse ereignete, getöteten Kommunisten Paul Borowski zu. Demnach entspricht unsere Meinung, B. sei seit längerer Zeit von der Polizei gesucht worden, nicht der Wahrheit. Wir sind von unseren Gewährleuten falsch unterrichtet worden.

Die Wochenchrift „Deutscher Volkswort“ bringt in ihrer neuesten Nummer wieder wertvolle Beiträge von denen wir einige erwähnen möchten: Eine Neujahrsbetrachtung „Sei getreu“ von Gerhard Karwin gibt einen Lichtspruch für das neue Jahr. Ferner seien erwähnt: Die Ausgleichung nationaler Gegensätze von General der Infanterie a. D., Dr. h. c. F. H. v. Freytag-Loringhoven, der aufrüttelnde Aufsatz „Landflucht und Landhunger“ von Arthur Jang, „Das deutsche Volk“ von Bruno Rompeck, die tiefste Mahnung für das Deutschland der Ostmark: „Der Untergang des Ordensstaates“ von Dr. P. Ostwald.

Geriichtsecke.

Ein Halsabschneider. Vor dem Schöffengericht hatte sich der Kaufmann Edward Müller in Danzig wegen übermäßiger Preissteigerung zu verantworten. Er verkaufte im August 15 Pf. Röhrenaal für 15 Mk. das Pfund, während er das Pfund mit 11 Mk. eingekauft hatte. Das Gericht erachtete den Preisaufschlag von 4 Mk. für das Pfund als übermäßig und erklärte auf eine Geldstrafe von 100 Mk. und Einziehung des übermäßigen Gewinns. (Fehlen da nicht verschiedene Rollen hinter der Urkunde, Herr Richter? In Rosen schießt man Leute vom Schlage der Müller einfach zusammen! Die Red.)

Pferdebeschuld. Der Besitzer Leo Steinte und der Besitzer Franz Rest in Neugraben hatten sich wegen eines Diebstahls an einem Pferde vor der Strafkammer zu verantworten. Steinte hat den Felzbau mitgemacht und an seinen Herben gestitten, aber er ist für seine Handlung nach dem Gutachten des Sachverständigen voll verantwortlich zu machen. Das Gericht hielt für erwiesen, daß die Angeklagten ein Pferd gestohlen und dabei einen Schaden gefällig hatten. Steinte wurde zu 9 Monaten Gefängnis, Rest zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Kettenhandel mit Zigaretten. Der Kaufmann Paul Gust in Danzig, ein 19-jähriger Mann, wollte leicht Geld verdienen. Er schrieb an eine Firma in Hannover und ließ sich für 37 3/8 Mark Zigaretten schicken. In Danzig suchte er Abnehmer. Die Zigaretten wurden gegen Nachfrage geschickt. Aufsch wollte von seinem Abnehmer erst Geld nehmen und mit diesem Gelde die Ware bezahlen. Er erhielt aber keine Vorauszahlung und kam die Ware nicht einzulösen. Die Sache kam dann heraus. Er hat sich als notwendiges Glied in dieser Warenkette eingeschoben, also Kettenhandel getrieben. Ferner hatte er keine Handlungsbücher. Das Schöffengericht verurteilte ihn deshalb zu 300 Mark Geldstrafe und Einziehung der Zigaretten.

Polizeibericht vom 4. und 5. Januar 1920. Verhaftet 16 Personen, darunter 9 wegen Diebstahls, 2 wegen Schlechthandels, 1 wegen Straßenraubs, 1 wegen Unterdrückung, 1 wegen Vergehen gegen § 176, Abf. 3. St. G. B. und 2 in Polizeihandlung. — Gefunden: 1 kranke Postenmarke mit Geld und Klebprotokollen, abzuholen aus dem Hauptbureau des Polizeipräsidiums, 1 goldene Uhr mit Monogramm nebst Kette, abzuholen von Frau Gehlert, Jacob, Hauptstraße 24. 1 zweijähriger Hund, abzuholen von Bürgerwehmann Thun, Bischofsberg 4.

Standesamt.

Todesfälle: Arbeiter Franz Stamm, 71 J. 2. M. — Frau Frieda Pariniski geb. Omieczynski, fast 36 J. — Witwe Anna Dörr, geb. Seyditz, 88 J. 9 M. — E. d. Schmiedegesellen Hugo Schmidt, 9 Stunden. — E. d. Arbeiter's Franz Karstner, 16 J. — E. d. Schneiders August Riesecke, 6 Tage. — Bureauvorsteher Albert Litwinski, 64 J. 8 M. — Frau Pauline Bunschowski geb. Klatt, 51 J. 4 M.

Briefkasten.

Beitrag: Mithras... (unvollständig)

Lokales.

Arbeiterwahlen in der Waggonfabrik.

Zum ersten Male wählte die Arbeiterschaft der Waggonfabrik am 2. Januar den Betriebsarbeiterrat nach den Bedingungen der Regierungsverordnung von 1918. Bei dieser Wahl gingen die freien Gewerkschaften als besondere Gruppe zusammen, während die Kirche und Christlichen als Gegner der ersteren eine gemeinsame Liste aufgestellt hatten.

Von den 10 zu wählenden Vertretern erhalten die freien Gewerkschaften 7, die beiden Allierten 3 Vertreter; damit hat die Arbeiterschaft bewiesen, daß sie in ihrer großen Mehrzahl den freien Gewerkschaften folgt.

Uchtung! Vertrauensleute der S. P. D.

Die noch ausstehenden SammelListen für den Wahlfonds sind bis Sonnabend auf dem Parteibureau, 4. Damm 7 II, abzugeben. Das Bureau ist nachmittags von 3-7 Uhr geöffnet.

An die Parteigenossen der S. P. D.

Morgen, Mittwoch abend 6 Uhr, findet in der Aula der Petri-Schule am Hansplatz eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Da das Thema „Stellungnahme zum gemeinsamen Parteitag“ von besonderer Wichtigkeit ist und die Wahl der Delegierten und verschiedene andere wichtige Punkte zu erledigen sind, wird zahlreicher Besuch erwartet. Ohne Mitgliedsbuch oder Karte kein Zutritt.

Bezirksversammlung. Der Bezirk Baunatal-Schellmühl der Sozialistischen Partei hält morgen, Mittwoch, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Binman eine Bezirksversammlung ab. In Anbetracht der wichtigen und reichhaltigen Tagesordnung werden die Mitglieder erachtet, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Der Vorstand: F. Kalschubowski.

Die Danziger Besatzung.

Nach neuester eingegangener Information sollen die Stärken der Besatzungstruppen für die einzelnen Gebiete folgende sein: Schleswig: 2800, Danzig: ein Divisionsstab, ein Artilleriestab, 8000 Mann (Engländer), Marienwerder: 1800, Allenstein: 3000, Memel: 1800, Oberschlesien: ein Divisionsstab, 21 000 Mann.

Ein Generalkommando der Befehlsstelle 17. A. M. ist zur Verhandlung betr. Unterbringung der Truppen im hiesigen Befehlsbereich nach Paris abgereist.

Die deutsche Regierung hat der Friedenskonferenz eine Note übergeben lassen, in der darauf gedrungen wird, daß das Aufgebot von Besatzungstruppen in den Abstinenzgebieten mit Rücksicht auf die Finanzlage Deutschlands auf das den Verhältnissen nach unbedingt erforderliche Maß beschränkt bleibe. Hinsichtlich der Abgrenzungsgebiete von Danzig und Memel wird die Erwartung ausgesprochen, daß weder die künftige Freistadt Danzig, noch das Gebiet von Memel mit den Kosten für die Besatzung belastet werden, da deren Verfügungsfähigkeit hierfür bei weitem nicht ausreicht. Die Stärke der von der Entente für Danzig geplanten Besatzung würde den bisherigen Stand der Friedensbesatzung erheblich übersteigen. Auch in Memel würde eine geringere Besatzung hinreichen, um die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten.

8000 Mann englische Besatzung würde eine ungeheure Belastung der Stadt hervorrufen. Wir hoffen, daß die Note der deutschen Regierung eine Milderung herbeiführen wird.

Die Bildung eines Groß-Danzig.

Nach dem Grundgesetz vom Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung hatte der Mieterverein Vertreter von Landgemeinden zu einer Besprechung über die Abgrenzung des Stadtkreises Danzig eingeladen. Nach einem einseitigen Vortrage folgte die Aussprache. Es wurde eine Freistaatkarte vorgelegt, in die der jetzige Stadtkreis und der nach dem Schmalen Verfassungsentwurf zu bildende Stadtkreis eingezeichnet war. Die Kreisgrenzen wünschte man noch etwas zu erweitern und abzurunden. Die Oberförsterei Oliva müsse in den Stadtkreis einbezogen werden. Ebenso Zoppot. Groß-Danzig werde nicht nur eine Welthandelsstadt darstellen, sondern auch eine östliche Industrie schaffen und dann ein großer Badeort des Ostens sein. Die Badeverwaltung müsse großzügig und einheitlich geleitet werden. Auf der Eisenbahn sei ein Pendelverkehr mit Kurzügen herzustellen. Eine Straßenbahn über Oliva nach Zoppot und längs des Strandes ist notwendig. Da der Kriegshafen hinsichtlich ist und der Handelshafen sich auf die Weichsel beschränken wird, ist das Gelände zwischen Zoppot und der Weichselmündung für die Bebauung frei. Hier können längs der Straßenbahn Landhäuser errichtet werden. Die Interessen der Badeorte Zoppot und Oliva werden hierbei nicht zu kurz kommen. Für tagesbedürftige Personen würden die Waldbadorte Geubude, Reinfahr, Bohnsdorf, Schwandenburg und Nieselswalde in Betracht kommen. Guldberg, Mattemberovo, Wonneberg liegen bereits im Interessengebiet von Groß-Danzig. Oliva, Gutsherberge und Praust stehen mit Danzig in naher wirtschaftlicher Verbindung. Danzig muß auch großzügig an die Schaffung von Kriegerheimstätten herangehen, und zwar sowohl Wohnheimstätten wie Wirtschaftsheimstätten. Für diesen Zweck ist besonders geeignet die Ortshäuser Groß- und Klein-Waldsdorf, sowie Bütgerndorf. Im übrigen verlangt der Welthandel sein Recht. Die Weichsel ist ein wichtiger Faktor des Durchschlages wird über kurz oder lang für Schiffsverkehr gebraucht werden. Die tiefe Hafeneinfahrt bleibe vorwiegend für den Schiffsverkehr. Gebraucht werden aber weitere Entlastungsplätze mit Speichern, deshalb ist für Groß-Danzig auch das Gebiet der Ortshäuser längs der Weichsel erforderlich.

In der Aussprache wurde hervorgehoben, daß die umfangreichen Eingemeindungen im beiderseitigen Interesse liegen müßten und auch liegen würden. Die Bevölkerung müßte ein erhebliches Freundschaftsbündnis schließen. Für die in den Stadtkreis einzubeziehenden ländlichen Ortshäuser komme in Frage die Wasserleitung und elektrische Licht für jeden Haushalt und elektrische Kraft. Die Straßenbahnverbindung wird weiter ausgebaut werden müssen. Auch das Schwimmen wird besondere Pflege erfahren. Wenn der einheitliche Krieg nicht dazwischen gekommen wäre, dann würde Danzig mit den zuletzt eingemeindeten Ortshäusern bereits erheblich vorwärts gekommen sein. Es war alles in Angriff genommen. Die Verhältnisse sind augenblicklich noch schwierig, aber es ist Zeit,

die Pläne für die nähere Zukunft zu überdenken und mit dem Blick nichts zu unterlassen, was die Zukunft gebraucht. Das wichtigste „Zu spät“ sollte man für Danzig von jetzt ab auszuschließen.

Herr Paul Kraft, Groß-Mehrendorf teilte mit, daß die Arbeiter der Reichseisenbahnen sich bereits alle für den Zusammenschluß mit Groß-Danzig ausgesprochen hätten. Herr Max G. I. a. s. in Schienenhorst machte die Mitteilung, daß die Mehrzahl der dortigen Bevölkerung sich gleichfalls für den Anschluß an Groß-Danzig erklärt habe. Gegen die Bildung des großen Stadtkreises und anderen für Groß-Danzig in Betracht kommenden Ortshäusern für den Gedanken weiter zu wirken und mit dem Mieterverein in Verbindung zu bleiben.

Der erste polnische Dampfer, mit zwei der 7800 Tonnen große neuerbaute Dampfer der polnisch-amerikanischen Schiffahrtsgesellschaft „Kosciuszko“, ist am Sonnabend abend, von Philadelphia kommend, hier eingetroffen. Das Schiff hatte Güter, die für Polen und Danzig bestimmt waren, an Bord. Darunter befanden sich zwölf von der polnischen Regierung bestellte Lokomotiven, die auf der hiesigen Reichswerke zusammengepackt werden.

Umzug des Husarenregiments. Wie die Kasinoverwaltung des Husarenregiments in Langfuhr mitteilt, wird das Kasino Mitte Januar endgültig geräumt werden, da das Regiment nach Stolp abberufen. Dadurch dürften in Langfuhr weitere Räume frei werden.

Für Rechnung des polnischen Staates. Die Reichssteuer von Gela, Heisterneß, Lohst und Nizhöst, welche im Bereich des künftigen polnischen Gebietes liegen, sollen bis zum 1. Juli d. J. vom Hafenamt Stolpmünde für Rechnung des polnischen Staates weiterbetrieben werden, sobald die deutschen Beamten dort bis zum genannten Termin verbleiben können.

Die Kleinbahn stellt ihren Verkehr ein. Von heute ab hat die Kleinbahn den Verkehr auf der Strecke Danzig-Groß-Zänder und Danzig-Gemlich eingestellt. Von morgen ab verkehren auch auf der Strecke Danzig-Stutthof keine Züge mehr. Durch diese Zug-einstellungen wird die Ernährung Danzigs, besonders die Milchversorgung, weiter gefährdet. Der Magistrat wird unverzüglich für Abhilfe sorgen müssen.

Keine Lebensmittelzulagen für Kriegsbeschädigte. Die Kriegsbeschädigten hatten einseitige Zulagen für Kriegsbeschädigte im Reich nach Berliner Muster verlangt. Daraufhin ist vom Reichsarbeitsminister folgendes erklärt worden:

„Ich bin nicht in der Lage, anzuordnen, daß den Kriegsbeschädigten Schwerarbeiterzulagen oder sonstige Zulagen, insbesondere Krankenzulagen, gegeben werden, wenn die für die Gewährung der Schwerarbeiter- oder Krankenzulagen festgesetzten Voraussetzungen nicht zutreffen.“

Die Forderungen der Kriegsbeschädigten waren berechtigt, und wir bedauern die Ablehnung derselben durch die Regierung. Wie haben in Danzig mehrfach Fälle kennen gelernt, wo Kriegsbeschädigten nicht nur Lebensmittelzulagen, sondern auch Milchkarten verweigert worden sind. Zudem haben die Kriegsbeschädigten für Ausstellung von ärztlichen Attesten Gebühren zu entrichten, und das städtische Ernährungsamt trägt zur Auspörierung der Kranken und Kriegsbeschädigten bei, indem es in vielen Fällen den ersten ärztlichen Antrag ablehnt und erst auf die Berufungsschrift des Arztes, was natürlich den Kranken auch wieder Ausgaben verursacht, die Lebensmittelzulagen sowie Milchkarten verabsolgt.

Berichtssache.

Fischereydiebstahl. Die Fischer Hermann N. Georg O. und Erich O. in Arealau stahlen zwei andern Fischern aus Delfisch-Neufähr in der Ostsee angelegte Fischnetze mit einem Inhalt von 14 Rentner Fische. Die Fische wurden verkauft, der Erlös verteilt und die Netze behalten. Die drei Netze hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Diebstahls zu verantworten, und es wurde R. zu 2 Monaten, Georg O. zu 3 Wochen und Erich O. zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. Sie legten Berufung ein und behaupteten, daß die fremden Netze mit ihren eigenen verbunden waren. Tatsächlich waren die fremden Netze aber in der Ostsee abgeschnitten worden. Das Berufungsgericht bestätigt das Urteil des Schöffengerichts.

Den Kameraden befohlen. Der Musiker S. früher in Danzig, jetzt in Schlesien, wohnte mit einem andern Musiker zusammen und zog dann wieder aus. Er kehrte am nächsten Tage zurück, um von der Hauswirtin die Ernährungskarten abzuholen. Bei dieser Gelegenheit entdeckte er dem andern Musiker in dessen Abwesenheit die Ersparnisse von 500 Mark. Des Schöffengericht verurteilte ihn wegen Diebstahls zu 8 Tagen Gefängnis. Das Urteil wurde von der Berufungsinstanz bestätigt.

Erpressung. Der Arbeiter Johann Sch. und der Schlosser Johann R. in Danzig standen vor dem Schöffengericht unter der Anklage der Erpressung. Die Angeklagten holten eines Abends einen Gastwirtssohn ab und machten ihn betrunken. In diesem Zustande kamen sie zu einer Frau und begehrten Einlaß. In der nächsten Nacht wurde bei dieser Frau eingebrochen. Die Täter sind unbekannt. Die beiden Angeklagten gingen nun zu dem Vater des Gastwirtssohnes und erklärten ihm, daß sein Sohn einen Einbruchsdiebstahl bei seiner Frau verübt habe. Sie würden aber keine Anzeige machen, wenn der Vater ihnen 10 000 Mk. gebe. Der Vater war eingeschüchtert und handelte den Preis aus 3000 Mk. herunter. Diese Summe übergab er den beiden Angeklagten. Das Gericht verurteilte Sch. zu 6 Monaten und R. zu 4 Monaten Gefängnis wegen Erpressung.

Diebstahl und Streckentausch. Der Pferdesieger Hans Sch. und der Arbeitsbursche Paul O. in Danzig überfielen in Langfuhr einen Schüler auf der Straße und nahmen ihm Lebensmittellisten und einen Spargelstock ab, worauf sie das Weite suchten. Die Tat gränzte hart an Streckentausch. Die Strafkammer nahm aber noch Diebstahl an und verurteilte Sch. zu 2 Monaten und O. zu 3 Monaten Gefängnis.

Aus dem Magistrats-Preß-Büro.

Der bei den Kolonialwarenhändlern verbliebene Reißband an Stup darf marktfrei verkauft werden. Es ist jedoch nicht mehr als höchstens 1 Pfund an den einzelnen Kunden abzugeben.

Abholung der Danziger Lebensmittellisten für Kinder. Die Kolonialwarenhändler haben die von Donnerstag an zur Ausgabe gelangenden Kinderlebensmittellisten am Mittwoch, den 7. Januar, in der Zeit von 8-3 Uhr von der Nahrungsartenstelle, Pfefferstraße Nr. 33/35, Vordergebäude, 1. Treppe links, abholen zu lassen.

Berichtigung.

In der Nummer 300 der Volkswacht sowie des freien Volkes vom 27. Dezember 1919 haben Sie unter der Bezeichnung wegen Notigung eine Notiz gebracht, nach der die Schiffbauer Paul und

Ernst Ränge sowie der Meister Konrad Maier wegen Notigung vor dem hiesigen Schöffengericht angeklagt waren.

In dieser Notiz wird gesagt, daß in einer Branchenversammlung beschlossen worden sein soll, den christlich organisierten Arbeiter Anzort aus dem Betriebe auszuschließen, weil er das Mitgliedsbuch seiner christlichen Gewerkschaft nicht vorzeigen wollte.

Wir erklären dazu, daß solche Beschlüsse nie gefaßt worden sind und auch von einer Notigung seitens der Vorgemannten nicht angedeutet werden kann. Auch von einer gerichtlichen Feststellung, daß Anzort auf Grund eines Beschlusses einer Branchenversammlung, wie es in der Notiz heißt, von dem Arbeitsplatz ausgeschlossen wurde, ist nichts bekannt.

Die Ortsverwaltung Danzig des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

Es handelt sich bei dieser Notiz um einen Korrespondenz-Berichtsbericht, den wir ohne Zusätze bei allerlei Streichungen aufgenommen haben. Wir erwarten, daß wir in Zukunft durch die beteiligten Betroffenen oder die Gewerkschaften unterrichtet werden.

Aus dem Freistadtbezirk.

Ohra, Verein Arbeiterjugend, Mittwoch, abends 7 Uhr, außerordentliche Generalversammlung. Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht das Erscheinen eines jeden Mitgliedes zur zwingenden Pflicht.

Oliva. Auf der Robelbahn verunglückt ist am vergangenen Sonntag die Tochter des Glasmeisters Ruth von hier. Das junge Mädchen erlitt schwere Verletzungen am Kopf.

Wenn man sonst das Robeln als gesunden Sport nur empfehlen kann — bei dem augenblicklichen Zustand der Robelbahnen, die infolge des wechselnden Tau- und Frostwetters vollständig vereist sind, muß von einer Benutzung der Robelbahn dringend abgeraten werden, da bei der Glätte der Fahrer die Gewalt über den Schlitzen verliert und so schwere Unglücksfälle unvermeidlich sind.

Aus den Ostprovinzen.

s. Freistadt. Schmerzenskinder für Stadtverwaltungen in kleinen Städten sind in der Kriegszeit wohl die Schlachthäuser, da sie infolge der eingeschränkten Schlachtungen meistens Zuschüsse erfordern. Im hiesigen Schlachthaus, in dem noch im kommenden Frühjahr erhebliche Reparaturen auszuführen sind, hat der Frost durch Sprengung des Kolbenzylinders an einer Dampfmaschine einen Schaden von über 1000 Mark verursacht.

Kohlenoxydgas bildete sich während einer Kindervorstellung durch eine Theatergesellschaft im Saal, so daß eine größere Zahl von Kindern ohnmächtig wurde und die Vorstellung abgebrochen werden mußte.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunglück bei Jherlohn.

Am 2. Januar 1920 stieß der von Jherlohn kommende Güterzug 9487 auf den auf dem Bahnhof Kalkhof, Nr. Jherlohn, stehenden Personenzug. Zwei Reisende wurden getötet und 22 verletzt, darunter sechs schwer. Beide Lokomotiven und je zwei Personen- und Güterwagen wurden stark beschädigt. Verhail der Güterzug das Haltsignal überfahren hat, unterlag, nach der Untersuchung.

Eingegangene Druckschriften.

Der Jungvolk-Kalender 1920 bietet in schöner Form viel Belehrung und Unterhaltung. Mit begeisterten Worten preist Richard Wagner, der jugendliche Feuergeist und spätere große Musiker, die Revolution. Seine Worte zählen zu den schönsten, die je über Menschheitsbefreiung geschrieben sind. Erwin Barth schildert die Ursachen und den Verlauf der November-Revolution. Lieber den Sinn der Revolution und die Aufgabe der proletarischen Jugend berichtet Karl Korn. Von einem weltabgewandten, freundlichen Eiland, der Insel Giddensoe bei Rügen gibt Ernst Behmann Kunde. Der alte Freund der arbeitenden Jugend, Jugendbrand, schenkt ein Gedicht. Der Kalender ist mit geistvollen, kunstvollen Zeichnungen geschmückt.

Das neue Ungarn, das als letzter der Entschlossenen seine Grenzen bestimmt erhalten hat, ist dabei sehr schlecht wegkommen, wie uns ein Blick auf die eben erschienenen neue Freitagsskizze von Ungarn zeigt. In gelber Farbe ist auf dem Blatte der durch die Demarkationslinie gegebene Umfang des neuen Staates in farbiger Fläche gezeigt, gleichzeitig aber auch durch eine zweite Farbe das ethnographische Gebiet sofort ersichtlich ist. Die Ausdehnung des Staates, auf dem noch Brünn, St. Pölten, Marburg, Banjaluka, Belgrad, der Balkan-Paß, Klausenburg, M. Sziget, der Hszol-Paß, die hohe Karpa enthalten sind, gibt zugleich ein gutes Bild der Lage der einzelnen neuen Staaten aneinander und ist mit sehr vielen Namen versehen, so daß die Freitagsskizze von Ungarn 1: 1 1/2 Mill., 40: 55 Zent., Preis mit Postzusendung bei Voranschaltung in Deutscher 6,50 Kr., außerhalb Deutschlands 2,80 Mk., ebenso wie die am 1. Januar täglich ausgeführten Freitagsskizzen, die von den verschiedenen Staaten: Südbanater Eisenbahn, 55: 60 Zent., groß 7,40 Kronen, außerhalb Deutschlands 3,10 Mk., Tschadonoma, Republik 1: 1 1/2 Mill., 35: 65 Zent., groß 6,50 Kronen, außerhalb Deutschlands 2,60 Mk., Republik Österreich 1: 1 1/2 Mill., 40: 55 Zent., groß 4 Kr., außerhalb Deutschlands 2,80 Mk., Rumänien (auch schon mit den neuen Grenzen) 1: 1 Mill., 70: 85 Zentimeter, groß 7,60 Kr., außerhalb Deutschlands 3,10 Mk., zu welchen Preisen jede Buchhandlung, wie der Verlag S. Freitag und Berndt, Wien VII, Schottenfeldgasse 62, die Karten gegen vorherige Einzahlung des Betrages liefert, als gute Orientierungshilfe empfohlen werden können.

Der Revolutionär, Nr. 19, 1. Jahrgang, Herausgeber: Moritz Soberey. Preis 1,20 Mk. Verlag: Der Revolutionär in München.

Die Sozialistische Gemeinde, kommunalpolitische Zeitschrift der Unabhängiger Sozialdemokratie, Nr. 1, 2. Jahrgang, erscheint vierzehntägig. Einzelnummer 10 Pf. Verlagsgesellschaft Freiheit, Berlin NW 8, Schiffbauerdamm 12.

Verantwortlich für Reichs- und auswärtige Politik sowie Gewerkschaftliches Gust. Voß für Freistadt, Kommunal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik Bruno Sebaner für den unabhängigen Tagesdienst und die Unterhaltungsbeilage Kurt Sehnemann für die Unterhaltungsbeilage. Druck und Verlag: J. Behl & Co., Danzig.

